

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 2,40 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Feuille oder deren Raum 6,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 5,00 Mark, Reklamen 30,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 164.

Montag, den 17. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Auch ein Bürgerblock?

SPD. Berlin, 16. Juli.

Das Ereignis, das sich in den Nachmittag- und Abendstunden des 14. Juli vollzog, wird in der Geschichte nicht nur unserer Partei, sondern auch Deutschlands verzeichnet werden. Gleichviel, in welchem Tempo die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien führen wird, so ist doch schon durch sie allein eine Tatsache geschaffen, die das Bild unserer innerpolitischen Verhältnisse ganz wesentlich verändert.

Zunächst ist erreicht, daß der Widerstand der bürgerlichen Koalitionsparteien gegen den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung jeden Halt verloren hat. Innerhalb der Koalition muß jetzt die Arbeitsgemeinschaft in die Rechte der sozialdemokratischen Fraktion eintreten. Die sozialdemokratischen Minister haben als Vertrauensleute nicht nur der sozialdemokratischen Fraktion, sondern der Arbeitsgemeinschaft zu gelten. Und wenn Veränderungen im Kabinett eintreten, wird nicht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sondern die Arbeitsgemeinschaft die Kandidaten präsentieren. Sie wird dabei keinen Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen machen, und sie wird nicht dulden, daß dieser Unterschied von anderen gemacht wird.

Die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, das sich noch am Freitag gegen die Einbeziehung der Unabhängigen in die Koalition aufs schärfste ausgesprochen hatte, erklärte am Sonnabend in ausdrücklicher Weise, kein Mensch könne daran denken, die Sozialdemokratie aus der Regierung auszuschalten. Die bürgerlichen Koalitionsparteien wissen ganz gut, daß es unter den gegenwärtigen Umständen ohne die Sozialdemokratie nicht geht, und wenn sie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht mehr für sich allein haben können, dann werden sie die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nehmen müssen.

Der „Deutsche“, das Blatt des Herrn Stegerwald, kündigte bald nach dem Schritt der sozialdem. Partei an, daß als Antwort auf die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nun auch eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Volkspartei und Zentrum geschlossen werden solle, der sich auch die Demokraten und die Bayerischen Volksparteien anschließen würden.

Einstweilen ist zu bezweifeln, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien es sich ernsthaft zum Prinzip machen wollen, auf die politischen Handlungen der sozialdemokratischen Partei mit schlechten Wägen zu antworten. Auf die Forderung der sozialdemokratischen Partei, zur Verstärkung des Schutzes für die Republik die Unabhängigen heranzuziehen, folgte der schlechte Witz der bürgerlichen Einladung an die Deutsche Volkspartei. Der Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft zwischen dieser und dem Zentrum würde eben auch nur ein schlechter Witz sein. Die Sozialdemokraten beider Flügel bildeten bis vor sechs Jahren eine einheitliche Partei. Ihre beginnende Wiedervereinigung ist nichts als ein ganz natürlicher Vorgang. Zentrum und Nationalliberale sind aber ganz verschiedenen Ursprungs. Sie haben Jahrzehntlang im schwersten Kampf miteinander gelegen und können sich, ohne ihr Wesen aufzugeben, niemals zur Einheit verschmelzen. Die christlichen Arbeiter und Angestellten würden große Augen machen, wenn man sie ernstlich in das Gefolge der Schwerindustriellen-Partei zwingen wollte. Eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und Volkspartei könnte nichts anderes sein, als ein dummpfiffiges, taktisches Manöver, dessen Zweck sehr leicht zu durchschauen ist.

Mehr wäre ein Zusammenschluß nur in dem Sinne, daß er den Massen des arbeitenden Volkes noch klarer als bisher zeigen würde, wo die Grenze zwischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien verläuft. Wenn die bürgerlichen Parteien aus blinder Sozialistenfurcht durchaus Hilfe weiter rechts in Anspruch nehmen wollten, so würden sie damit zeigen, daß sie sich trotz allen theoretischen Widerspruchs ganz als Vertreter bürgerlicher Klasseninteressen fühlen. Gerade der Umstand, daß bei den Mittelparteien ihr bürgerlicher Charakter in diesem Sinne in der letzten Zeit besonders deutlich in Erscheinung getreten ist, hat die beiden sozialdemokratischen Parteien zu der Einsicht geführt, daß es notwendig ist, den Einfluß der breiten arbeitenden Volksmassen im Reichstag durch eine Konzentration der Kräfte zu stärken.

Wie sich die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft weiter auswirken wird, bleibt abzuwarten. In diesem

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, 17. September,

abends 6 Uhr, nach Augsburg (Stadtgarten) ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes,
 - a) Allgemeines, Referent Dr. Adolf Braun;
 - b) Die Internationale, Referent Otto Wels;
 - c) Agitation, Organisation und Kontrollbericht, Referent Friedrich Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission, Referent Friedrich Brühne
3. Bericht der Reichstagsfraktion, Referent Hans Vogel
4. Die Sozialdemokratie im Kampfe um die soziale Stellung der Frau, Referentin Johanna Reiche
5. Justizreform, Referent Sänge-München
6. Bericht der Kommission für das Gesundheitsprogramm, Referent Professor Dr. Grotjahn
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahl der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteioptionen müssen bis spätestens am 21. August im Besitze der Parteioptionen sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Die an den Parteivorstand einzureichenden Anträge sind jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf beschrieben werden.

In allen örtlichen Parteiangelegenheiten und wegen Wohnungsbeschaffung wenden sich die Delegierten möglichst sofort nach ihrer Wahl, spätestens aber bis zum 30. August, an den Vorsitzenden des Hauptauschusses und der Wohnungscommission, Adresse: Clemens Högg, Augsburg, Mittleres Kreuz 280.

Berlin, 14. Juli 1922.

Der Parteivorstand.

Augenblick kann nur so viel gesagt werden: Je besser und je rascher es ihr gelingt unhaltbar gewordene Widerstände der Mittelparteien zu überwinden, desto mehr verbessert sich die Aussicht, daß eine große innerpolitische Krise vermieden wird, die überflüssigerweise kein seiner Verantwortung bewußter Politiker heraufbeschwören kann. Vor letzten Kraftproben steht nach den Prinzipien der Arbeiterbewegung immer das Verhandeln. Solche Kraftproben unter allen Umständen zu provozieren, war niemals sozialdemokratische Taktik. Es war weder die Taktik von Marx und Engels, noch die Taktik von Bebel und Liebknecht, am allerwenigsten war es die Taktik der Gewerkschaften. Ueber Arbeiterverrat zu schreien, wenn man die konzentrierte Kraft auf ein erreichbares Ziel richtet, statt Unmögliches mit unmöglichen Mitteln anzustreben, blieb den Kommunisten vorbehalten, die jetzt in komischer Verzweiflung Verrat schreien, weil durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft klar geworden ist, wo die wirkliche proletarische Einheitsfront steht. Diese Einheitsfront immer fester und stärker zu machen, muß jetzt unser aller Bemühen sein. Die arbeitenden Massen werden das mit sicherem Blick erkennen und über die kommunistischen Schreihäse lachend zur Tagesordnung übergehen.

*

Die Verhandlungen am Sonnabend.

Kurze Zeit nach der Rückkehr des Reichspräsidenten aus Freudenstadt erschien der Reichszankler zur Besprechung der politischen Lage. Nach Beendigung dieser Beratung bat der Reichspräsident zunächst die Führer der Sozialdemokratie zu sich. Anschließend folgten bis in die Abendstunden abwechselnd Besprechungen mit den übrigen bürgerlichen Koalitionsparteien und der Unabhängigen Sozialdemokratie. Auch der Reichszankler ließ im Laufe des Sonnabend nachmittags die Vertreter der Koalitionsparteien zu sich bitten, um ein „letztes Wort“ über deren Auffassung zu hören. Trotzdem sämtliche Besprechungen vertraulichen Charakter trugen, ist doch so viel durchgesickert, daß sich die Vertreter aller Fraktionen gegenüber den beiden obersten Reichsbeamten über ihre Haltung äußerst energisch aussprachen und zu erkennen gaben, daß sie eine Reichstagsauflösung nicht fürchten. In Wirklichkeit liegen die Dinge jedoch so, daß nicht nur die Demokraten, sondern auch die Unabhängigen große Furcht vor Neuwahlen haben.

Insgesamt betrachtet, war am Sonnabend abend festzustellen, daß eine Auflösung des Reichstages mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten ist, wenn nicht die bürgerlichen Parteien endlich zu der Ueberzeugung kommen würden, daß

den endlosen Quacksalbereien praktische Politik folgen muß. Eine Verschlechterung der Lage trat noch insofern ein, als die bürgerlichen Parteien Versuche anstellten, die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen mit der Bildung eines Bürgerblocks zu beantworten. Der Vorschlag zu diesem Verlegenheitsprodukt stammt vor allem von Herrn Stegerwald, der die Zeit für gekommen glaubt, den Reichszankler Dr. Wirth unmöglich zu machen. Die Auffassung der Sozialdemokratie dem bürgerlichen Plan gegenüber ging dahin, daß man sich mit einer Verwirklichung der bürgerlichen Aktion von 1907 also sozusagen mit einer Paarung von Karpfen und Kaninchen, wie ein bürgerlicher Politiker gesagt hat, nicht abfinden wird. Selbst bürgerliche Politiker in allen drei Fraktionen, die für die Bildung des Bürgerblocks in Frage kommen, bezeichneten die kosuse Idee des Herrn Stegerwald am Sonnabend als „Blödsinn“ bzw. „dummes Zeug“.

Trotz aller Versuche Stegerwalds, seinen Plan zu verwirklichen, konnte bis in die späten Abendstunden des Sonnabend eine offizielle Bildung des Bürgerblocks nicht vorgenommen werden.

Am Sonntag

Vormittag um 10 Uhr wurden die Verhandlungen zur Lösung der kritischen Situation wieder aufgenommen. Zunächst empfing der Reichspräsident die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, um mit ihnen nochmals die politische Lage zu erörtern und nach der Möglichkeit eines Ausweges zu suchen. Anschließend wurden wieder vereinzelt die Vertreter der übrigen Koalitionsparteien und der Unabhängigen empfangen. Für Nachmittags sind interfraktionelle Besprechungen geplant, deren Ausgang zurzeit noch sehr zweifelhaft ist.

*

Die zweite Arbeitsgemeinschaft?

Berlin, 17. Juli.

Die Berliner Dioniagspost teilt mit: Die Anregung des Zentrums, nach dem Vorbild der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten zu bilden, war am Sonntag Gegenstand einer Besprechung zwischen dem Zentrumsführer Marx, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Stresemann und den beiden demokratischen Führern Petersen und Koch. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war positiv. Die Frage der Bildung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der drei Parteien wird nunmehr in Fraktionsrathungen dieser Parteien selbst zur Beratung gestellt werden. Das Ergebnis dieser Beratungen kann nicht zweifelhaft sein.

Englands Absichten — Frankreichs Einwände.

Gewährung des Moratoriums — Schuldenerlaß an Frankreich — Einberufung des Bankerausschusses.

W.B. Paris, 15. Juli.

Der „Temps“ glaubt auf Grund von Mitteilungen seines Londoner Korrespondenten folgendes Programm für die Verhandlungen über die letzte deutsche Note an die Reparationskommission mitteilen zu können:

1. Etappe: Die Reparationskommission wird nach dem Stadium des Berichtes des Garantieauschusses mit Stimmenmehrheit Deutschland das verlangte Moratorium gewähren.

2. Etappe: Nach dieser Entscheidung wird gegen Ende Juli die britische und die französische Regierung in London beraten und England wird seinen Mitiertern einen teilweisen oder ganzen Erlaß der bei ihm während des Krieges kontrahierten Schulden vorschlagen.

3. Etappe: Die Bankierkonferenz wird sich aufs neue zusammensetzen, um eine Anleihe vorzubereiten.

Der „Temps“ glaubt nicht, daß die französische Regierung jemals Mitteilungen eines solchen Planes erhalten habe. Nach seiner Ansicht würde Deutschland durch die Erlangung des Moratoriums einen finanziellen und politischen Erfolg erzielen, und dann bliebe Frankreich immer noch mit seiner Schuld gegenüber England belastet. Es könnten also zwischen Lloyd George und Poincare keine Verhandlungen auf gleichem Fuße eingeleitet werden, weil Lloyd George gegen Frankreich das Moratorium zum Siege geführt haben würde, während Poincare sich gegenüber England in der Lage eines Schuldners befände. Frankreich würde also durch einen endgültigen Zahlungsplan gebunden sein, während Deutschland es nicht sei.

Beamtenpflichten in der Republik.

Reichstag.

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstags wurde das Gesetz über die Ersatzpflicht für beschädigte Reichsbanknoten in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen. Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Helfferich (Dnat.) und Reichart (D. Vp.) wird der Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Gesetzes über die Metallreserven der Privatnotenbanken in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgt dann die Beratung eines Antrages aller Parteien betr. die Fragen der Wohlfahrtspflege einschließlich der Armenfürsorge, der verlangt, daß die Zuständigkeit für diese Fragen vom Reichsministerium des Innern auf das Reichsarbeitsministerium übergeht.

Abg. Meyer-Zwidau (Soz.):

Die furchtbar steigende Teuerung hat in den letzten Monaten zu Erhöhungen der Unterstützung hilfsbedürftiger Volksgenossen geführt. Leider gibt es aber in Deutschland noch ca. 500000 Rentelose, die man als „Vergehene“ bezeichnen muß. Sie sind im Erwerbsleben ergraut, erwerbsbeschränkt oder erwerbsunfähig geworden, aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und haben keinerlei Anspruch auf Rente. Sie haben keine Mittel mehr und sind grenzenloser Verelendung preisgegeben. Der einzige Anspruch ist die Armenpflege. Die Sähe der Armenunterstützung sind so gering, daß auch dort, wo sie von einzelnen Gemeinden der Geldentwertung angepaßt wurden, die Unterstützung noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die Lösung dieses Problems ist nicht leicht. Vor allen Dingen muß eine Definition des Begriffs Rentelose geschaffen werden. Unser Antrag verlangt, die Übertragung der Zuständigkeit für die Fragen der Wohlfahrtspflege einschließlich der Armenfürsorge unverzüglich auf das Reichsarbeitsministerium vorzunehmen. Ferner soll dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt baldig eine Denkschrift vorgelegt werden, in der zu der Frage einer Neuordnung dieser Materie und insbesondere zu der Frage, welche gesetzlichen Maßnahmen zur Behebung der Not der von der sozialen Gesetzgebung des Reiches noch nicht erfaßten Volksteile erforderlich sind. Die Länder sollen ersucht werden, auf die Orts- und Landarmenverbände dahin zu wirken, daß eine Anpassung der Unterstützungssätze an die jetzigen Teuerungverhältnisse erfolgt.

Ohne weitere Erörterung wird dann der Antrag angenommen. Der Entwurf eines Reichskriminalgesetzes geht ohne Aussprache an den Rechtsausschuß.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.

Abg. Schulz (Dnat.) erkennt das Recht des Staates an, sich gegen gewalttätige Angriffe zu schützen, lehnt aber den vorliegenden Gesetzentwurf als zu weitgehend ganz entschieden ab. Das Ziel des Gesetzes ist nicht der Schutz der Republik, sondern die völlige Beseitigung des Berufsbeamtenstandes und die gänzliche Entziehung der Beamten. Durch Ausnahmegeetze kann man die Republik nicht schützen.

Abg. Dr. Höfle (Z.): Ziel des Gesetzentwurfes ist es, das Verhältnis der Beamten zum republikanischen Staat so zu regeln, daß einerseits die staatsbürgerliche Freiheit des Beamten möglichst unangefastet bleibt, daß aber andererseits der Staat genügend geschützt und gestärkt wird. Das letzte Ziel ist das Entscheidende, und jeder Beamte hat die Pflicht, an seiner Erziehung mitzuwirken. Der alte Staat hat die staatsbürgerliche Freiheit viel enger aufgestellt als der heutige, obwohl er nach außen und innen viel kräftiger war als die Republik. Die Linke warnt vor dem, Gesetz zu machen, die die Zustände, die im Kaiserreich bestanden, auf die Republik übertragen. Die Forderung, jede monarchistische Agitation zu verbieten, muß zurückgewiesen werden. Beim Dienst muß der Beamte nicht auf die bestehende Staatsform, sondern auf die Verfassung festgelegt werden. Politische Beamte müssen sich Selbstanklagen gefallen lassen, wie das unter Bismarck auch der Fall war. Wir haben in der Ausschussverhandlung verstanden, das Ziel, die bestehende Staatsform zu stärken, zu erreichen. Eine Verschärfung des Gesetzes ist für uns unannehmbar. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Dr. Schöla (D. Vp.): Wir halten das ganze Gesetz für unnötig, was ja erstensherweise der Zentrumsvorredner auch zum Ausdruck brachte. Wohin ist der freieste republikanische Staat der Welt gekommen, als den die Linke die Deutsche Republik bezeichnet? Eine Gesetzesmacherei, die damit beginnt, den Beamten nicht nur die Grundrechte des Beamten, sondern die Grundrechte des Menschen zu nehmen, ist mit freierwilliger Zustimmung überhaupt nicht mehr zu vereinigen. Trotz der im Ausschusse erfolgten Verbesserungen können wir dem Entwurf unsere Zustimmung nicht geben.

Reichsminister des Innern Dr. Köber:

Die Herren Schulz und Höfle haben sich als besondere Anwälte der Beamtenfreiheit empfohlen. Ich möchte nicht die Frage aufwerfen, ob nach ihren Anschauungen gegen einen Ministerialdirektor, der sich als Kommunist bekennet, auf keinen Fall etwas getan werden darf. (Heiterkeit.) Wir reichen durchaus nicht an das heran, was die früheren Regierungen, mit denen man uns heute vergleicht, gemacht haben. Eine Rede des Fürsten Bülow auf die heutige Regierungsform übertragen, möchte ungefähr dahin lauten: „Ein Beamter kann nicht der Deutschnationalen Volkspartei angehören, ein solcher Beamter bricht seinen Eid, macht sich des Treubruchs schuldig. Einen solchen Beamten werde ich nicht dulden!“ Fürst Bülow hat das, im umgekehrten Verhältnis natürlich, einmal über einen Sozialdemokraten gesagt. Ein vom bayerischen Staatsministerium im Jahre 1911 herausgegebener Erlass würde heute etwa wie folgt lauten: „Ein Staatsbeamter darf sich nicht zu einer Partei bekennen, die monarchistische Forderungen vertritt. Das ergibt sich ohne weiteres aus seiner Stellung zur Republik. Demgemäß darf er einem Verein angehören, der antirepublikanische Forderungen vertritt.“ Der Minister von

Die Reichstagsdiäten.

Das WZ bringt eine Meldung über die zukünftige Regelung der Reichstagsdiäten. Dazu schreibt jetzt unsere Reichstagsfraktion: Die Notiz betreffend Neuregelung der Reichstagsdiäten beruht auf einer bedauerlichen falschen Information. Sie ist insofern hinsichtlich der angegebenen Ziffern, als auch in bezug auf die Voraussetzungen einer etwaigen Diätenerhöhung irrtümlich. Nachdem der Reichstags Landtag die Tagelöhner seiner Mitgliedschaft auf 9000 Mk. monatlich erhöht hatte, lehnt der Vertreter der Deutschen Volkspartei im Ausschussbeschlusse dem Reichstag vor, die Diäten noch vor Schluß dieses Tagungsabschnittes auf 10000 Mk. zu erhöhen. Dem widerspricht die Linke. Ihr Antrag ist im Ausschussbeschlusse in Aussicht genommen, über eine Diätenerhöhung überhaupt erst Beschlüsse zu fassen, wenn die vorliegenden bedenklichen Gesetze gesichert und im wesentlichen abgelehnt sind, ob der Reichstag nicht aufgelöst und neu gewählt werden sollte, und auch dann solle möglichst eine Gleichstellung mit dem Landtag in Frage kommen. Die grundsätzliche Anpassung der Entschädigung der Abgeordneten an die

Podewils hat jenen Erlass — immer auf die Republik übertragen — noch dahin erläutert, daß der Beamte nicht bloß dem Befehle Gehorsam zu leisten hat, sondern mit seinem Treugelübnis auch dem republikanischen Prinzip verpflichtet ist. Ein Staatsbeamter, der die Grundlage der Republik verneint, lehnt sich zu seinem feierlich geschworenen Eide in Gegensatz. Der Staat muß verlangen, daß der Beamte diese Grundlage respektiert.

Und nun vergleichen Sie (nach rechts) das, was in diesen Erlassen der alten Regierungen stand und von den Beamten gefordert wurde mit dem, was wir von den Beamten der Republik verlangen. Der Mißbrauch des Amtes und der Mißbrauch von Neuerungen im Amte wird verboten. Wollen Sie, daß der Beamte außerhalb des Dienstes in der Öffentlichkeit gefällig oder aufreizend gegen die Republik vorgeht? Dann stimmen Sie gegen das Gesetz! Wenn Sie das aber nicht wollen, dann müssen Sie für das Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Lewi (USP): Von einem Ausnahmegesetz und einem Eingriff in die wohlerworbenen Rechte der Beamten kann hier nicht gesprochen werden. Neue Grundzüge werden mit dem Gesetz nicht eingeführt. Es handelt sich nur um eine neue Definition dessen, was der § 10 des Beamtengesetzes bereits sagt. Die große Mehrzahl der Beamten, die innerlich mit dem alten Staat nicht gebrochen hat, stellt sich nicht etwa auf den Boden der „gegebenen Tatsachen“, sondern lediglich auf den Boden der festgesetzten Normung. (Heiterkeit und sehr gut links.) Das Gesetz soll eine Sabotage des Beamtenstandes brechen. Darum bedauern wir lebhaft, daß es sich nicht auch auf die beamteten Richter bezieht.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Wenn die Staatsautorität bedroht ist, dann sind die Methoden des alten Systems berechtigt, die wir sonst verurteilen. Dieses Gesetz hat aber mit den alten Methoden nichts zu tun und richtet sich auch nicht gegen die Beamten, die in der Mehrzahl Republikaner sind. Das Wesen der Demokratie besteht in erster Linie auch nicht in der Freiheit, sondern in der Pflichterfüllung. (Beifall in der Mitte.) In ihrer monarchistischen Gewinnung haben einzelne Beamte eine Haltung eingenommen, die mit dem Staatswohl nicht vertraglich ist. Wir können es nicht dulden, daß Beamte den Staat und seine Führer verächtlich machen. Das Gesetz ist in wahrstem Sinne des Wortes ein

Haarserhaltendes Gesetz.

Sonderbar ist, daß sich gerade die Herren der Rechten zu Hütern der Freiheit der Beamenschaft machen. (Lachen und sehr wahr! in der Mitte.) Angesichts der früheren Methoden müßten Sie (nach rechts) ein Gefühl der Scham empfinden. Wir verlangen, daß der Beamte der Republik im Dienst für die Republik eintritt.

Abg. Deermann (Bapt. Vp.) protestiert gegen die Politik, die hier in den letzten Tagen in Berlin getrieben wurde und lehnt die Vorlage ab, wenn die Bedenken seiner Partei nicht beseitigt werden.

Abg. Steinlopf (Soz.):

Wir halten das Gesetz für dringend notwendig. In der Beamtenchaft ist es jetzt glücklicherweise so weit gekommen, daß es als unannehmbar gilt, Republikaner zu sein. Beschimpfungen des Reichspräsidenten sind an der Tagesordnung, und mit Bedauern muß man feststellen, daß selbst Reichsminister über diese Zustände ganz einfach hinweggegangen sind. 1921 ist noch in der Republik Bayern ein Gymnasialprofessor wegen Verächtlichmachung der Monarchie zur Dienstentlassung verurteilt worden. Die Vorlage hält unbedingt die Meinungsfreiheit des Beamten aufrecht, aber sie verlangt

Respekt vor der Republik.

Die republikanischen Beamten begrüßen das Gesetz und haben volles Verständnis dafür, weil sie wissen, daß sie dadurch von den Schikanen und Qualereien befreit werden, denen sie bisher ausgesetzt sind. Auch die monarchistischen Rechte finden in dem Wahl- und der Ehrenberechtigung der Republik eine Grenze. Das sollte sich auch der deutsche Beamtenbund zu Herzen nehmen, der zwar nach der Ermordung Rathenaus eine Loyaltätsklärung für die Regierung abgegeben hat, das Gesetz aber ablehnt, weil es angeblich die wohlerworbenen Rechte der Beamten beeinträchtigt. Besonders Wert legen wir auf die Wiederherstellung der Regierungsvorlage in bezug auf den Disziplinarhof. Aber die Hauptsache ist die Ausführung des Gesetzes.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Aus § 10a wird die Bestimmung gekrichen, daß den Reichsbeamten auch die Verächtlichmachung „einer früheren republikanisch-parlamentarischen Regierung“ verboten ist. Im übrigen werden die Ausschussbeschlüsse angenommen, und ebenso die Entschlüsse.

Es folgt die zweite Beratung der

Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Lehrreicher Finanzminister Hartmann weist auf die letzten Bedenken der Länder gegen die Vorlage hin. Es gäbe in Deutschland genug Steuern, die ungerechter wirken und die viel mehr der Geldentwertung angepaßt werden müßten als die Einkommensteuer.

Abg. Rahmann (Soz.): Wir haben für die finanziellen Schwierigkeiten der Länder und Gemeinden volles Verständnis und wünschen, daß das Reichsfinanzministerium sich in Zukunft bei beratigen Gesetzesänderungen vorher mit den Ländern und Kommunen ins Benehmen setzt. Die deutschnationalen Bundesratsmitglieder lehnen die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ab.

Ein Verfassungsantrag der Kommunisten wird um 10 Uhr abgelehnt und in die zweite Beratung der Novelle zum Erbschaftsteuergesetz eingelesen.

In der Abstimmung wird die Vorlage in den ersten sieben Ziffern angenommen. Bei der Abstimmung über Ziffer 8 bewilligt Abg. Koenen (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses, die das Bureau feststellt. Aufgegebenen verlagert sich das Haus auf Montag 1 Uhr. (Rot der Presse, Zwangsweise, Erbschaftsteuergesetz, Reichskriminalgesetz.) — Schluß nach 9 Uhr.

Teuerungverhältnisse ist für alle Fälle auf den Herbst vorgezogen.

Auflösung des Selbstschutzes.

Der Regierungspräsident in Oppeln hat am Sonnabend einen Erlass herausgegeben, wonach in Übereinstimmung mit dem preussischen Innenminister vom Sonntag ab den bisherigen Angehörigen des oberfähleischen Selbstschutzes das Tragen von Waffen verboten wird. Beim oberfähleischen Selbstschutz, der teilweise stark organisiert und mit allerlei Waffen ausgerüstet ist, sind reguläre und irreguläre Selbstschutzeinheiten zu unterscheiden. Es hat den Anschein, als ob besonders der irreguläre Selbstschutz sich weigert, sich aufzulösen und die Waffen abzugeben. Doch sind die preussischen Behörden, in deren Verwaltung das oberfähleische Selbstschutzesgebiet wieder zurückgeführt ist, entschlossen, mit aller Energie durchzugreifen. Andererseits sind in Verbindung mit den Gemeindeführern Arbeitsnachweise eingerichtet worden, die den bisherigen Selbstschutzhelfern die Rückkehr zu bürgerlichen Berufen ermöglichen sollen.

Der Kampf um den Nationalfeiertag.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird

§ 1.

Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der Tag, der die Reichsgründung (18. Januar). Er ist staatlich anerkannter Feiertag im Sinne des Artikel 139 der Reichsverfassung

§ 2.

An dem Nationalfeiertag sind im Gebiete des Deutschen Reiches alle öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen und in allen Schulen für Lehrer und Schüler verbindliche und der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten.

Dieser Antrag wird von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Reichstagsfraktionen abgelehnt werden. In an betracht dessen, daß auch die bürgerlichen Koalitionsparteien gemeinsam mit der Sozialdemokratie beantragt haben, den 18. August als Nationalfeiertag festzusetzen, bedeutet der Antrag der Volkspartei eine Verschärfung der Komplikationen, die noch durch folgenden Antrag der augenblicklichen Koalitionsparteien eine weitere wesentliche Vergrößerung erfährt:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, der Reichsregierung für Maßnahmen zum Schutze der Republik einen Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Als die Volkspartei von diesem letzten Antrage der Koalitionsparteien erfuhr, trat Stresemann sofort an den Zentrumsführer Marx heran, um ihn zu bitten, die Bewilligung von 75 Millionen Mark zum Schutze der Republik rückgängig zu machen. Es verlaute, daß die Volkspartei von einer Zurücknahme des vorstehenden Antrages die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft abhängig machen will. Borerst bleibt abzuwarten, ob sich jetzt die vielgerühmte „Konsequenz“ des Zentrums bewährt!

Fürst und Kommunist im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund.

In Gera ist durch die Behörden das gesamte Altematerial des Schutz- und Trutzbundes beschlagnahmt worden. Unter den vorgefundenen Briefen befindet sich ein Dankschreiben an den Fürsten Heinrich XXVII., der der Ortsgruppe 8000 Mk. unter „unbekannt“ zur Verfügung gestellt hat. In einem Briefe des zweiten Vorsitzenden an den ersten heißt es wörtlich: „Wir haben übrigens in letzter Zeit einige Kommunisten aufgenommen, von denen einer die Abteilung „Aufklärung der Arbeiterschaft“ übernehmen wird.“

Schwere Krise in Polen.

Korfanty — deutscher Kriegspropagandist?

Warschau, 15. Juli.

Die Rücktrittsdrohung des Staatschefs Pilsudski zieht die Konsequenz aus der Tatsache, daß die rechten Parteien durch die Designierung Korfantys zum Ministerpräsidenten den Konflikt gesucht haben. Der weitere Verlauf läßt sich nicht überblicken. Die Rechte hält für den Posten des Staatschefs die Kandidaturen des Sejmarschalls Traczynski und Paderewskis bereit. Doch ist die Drohung Pilsudskis angesichts seiner großen Popularität ein geschickter Faktor im Kampf. Borerst läuft die Linke Sturm gegen die Wahl Korfantys. Schon die Sitzung des Sejm-Hauptauschusses, auf welcher die Wahl mit geringer Mehrheit erfolgte, nahm einen äußerst dramatischen Verlauf. Die Kandidatur Korfantys wurde von Kofset, dem Führer der Mittelstandsfraktion, begründet, der Korfanty als „Polens ersten Bürger“ bezeichnete. Die Linksparteien und die nationalen Minderheiten gaben scharfe Erklärungen gegen Korfanty ab. Die Deutsche Partei erklärte diese Kandidatur für einen Schlag ins Gesicht der nationalen Minderheiten. Nicht nur die politische Haltung, sondern auch die Persönlichkeit Korfantys wurde aufs heftigste angegriffen. Der Sozialistenführer Dabynski erklärte: „Wir besitzen Dokumente, die beweisen, daß Korfanty ein Propagandabeauftragter Erzbergers gewesen ist und daß er Geld vom Generalgouverneur Besefer genommen hat; daß er als polnischer Führer eine oberflächliche Zeitung an die Gegenpartei verkauft und sich überall bereichert hat.“ Der Sozialist Waldki verlangte, daß Korfanty Rechenschaft über das von ihm für die oberflächliche Sache verwandte Geld ablege, ehe er Ministerpräsident werde. Auch die Presse der Linksparteien nimmt entrüstet gegen Korfanty Stellung.

Die Wiener Genossen für den Anschluß.

WZB. Wien, 15. Juli.

Gestern abend fanden 22 von der sozialdemokratischen Partei einberufene Massenversammlungen statt, worin gegen den Finanzplan der Regierung Stellung genommen und als einzige Rettung Oesterreichs der Anschluß an Deutschland bezeichnet wurde.

Im Parlament traten zwischen den Parteien über das Arbeitsprogramm insofern Schwierigkeiten ein, als die Sozialdemokraten die Erledigung einer Reihe sozialpolitischer Vorlagen, wie die Verbesserung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sowie die rasche Erledigung des Wohnungsanforderungsgesetzes und die Revision des Mieterschutzes verlangten.

Der Pariser Attentäter.

Paris, 15. Juli.

Der wegen des gestrigen Anschlages auf den Präsidenten der Republik verhaftete Kommunist Gustave Bouvet hat bei seiner Vernehmung erklärt, seine Demonstration habe einer Lage gegolten, in der auf neue vom Krieg gesprochen werde. Bouvet ist Gründer der anarchistischen Wochenchrift „La Jeunesse Anarchiste“ und bereits zweimal wegen Aufreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam bestraft worden.

An die Arbeitnehmer Lübeds, die durch den Streik der Ueberlandzentrale feiern müssen! Wir eruchen alle diejenigen, die aus Anlaß des Streiks der Ueberlandzentrale feiern müssen, sich morgen früh an ihrer Arbeitsstelle einzufinden. Das heutige Verhandlungsergebnis wird am Nachmittag zur Abstimmung gebracht. Ob die Arbeit morgen früh wieder beginnt für die Feiern, die sie, ist noch nicht bestimmt. Für den Fall der Annahme soll sich jeder zur Aufnahme der Arbeit melden, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden.

Die Streikleitung

Alter und neuer Reichstag.

Ein Vergleich ihrer Zuständigkeit in der Reichsgesetzgebung.

Die Institution des Reichstages galt als das demokratische Element der früheren Reichsverfassung. Bei einer näheren Betrachtung der Befugnisse, die der alte Reichstag ausübte, wird man jedoch etwas skeptisch gestimmt über die Dosis Demokratie, die die frühere Reichsverfassung enthielt. Soweit dem Reichstag überhaupt Rechte zugestanden waren, diese durch allerlei Verlausulierungen derart eingeschränkt, daß man nicht mit Unrecht von einem Scheinkonstitutionalismus gesprochen hat. In dieser Beziehung besteht, wie die nachfolgende Gegenüberstellung zeigen wird, ein grundlegender Unterschied zwischen der Stellung und Zuständigkeit des früheren und jetzigen Reichstages.

Der Reichstag ist nunmehr, wie es der Souveränität des Volkes entspricht, der alleinige positive Faktor der Gesetzgebung, während sich der alte Reichstag mit dem Bundesrat in die Ausübung der Reichsgesetzgebung teilen mußte. Es hieß im Artikel 5 der früheren Verfassung:

„Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag. Die Uebereinstimmung der Mehrheitsbeschlüsse beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetz erforderlich und ausreichend.“

Von bürgerlichen Rechtsgelehrten ist mit juristischer Spitzfindigkeit sogar eine Auslegung dieses Verfassungsartikels versucht worden, die das in der alten Reichsverfassung ohnehin stark betonte monarchische Prinzip noch mehr hervorkehrte. So hezwweitell beispielsweise der bekannte bürgerliche Staatsrechtler Laband die Korrektheit des Artikels 5 und behauptet, daß übereinstimmende Mehrheitsbeschlüsse von Bundesrat und Reichstag zwar erforderlich, aber nicht ausreichend seien, da erst durch den Gesetzesbefehl des Kaisers das Gesetz in Kraft trete. Die Gesetzgebung ruhe daher letzten Endes bei dem Bundesrat und Kaiser, der Reichstag habe nur die Befugnisse eines zustimmenden und mitwirkenden Organs. Hätte sich diese Auffassung über die Zuständigkeit des alten Reichstages durchgesetzt, dann wäre der Reichstag allerdings nur zu einem Schattenwesen verurteilt gewesen. Daß es dazu nicht gekommen ist, lag nicht an den z. T. recht unklaren Verfassungsbestimmungen, sondern an der Energie und Zähigkeit, mit der die Linksparteien, vor allem die Sozialdemokratie von jeher die Rechte des Reichstages verteidigt haben.

Dieses Eintreten für eine möglichst wirkungsvolle Teilnahme des Reichstages an den Staatsgeschäften war um so beschwerlicher, als die alte Reichsverfassung tatsächlich Bestimmungen enthielt, die darauf schließen lassen, daß die Schöpfer dieser Verfassung den Reichstag als ein dem Bundesrat untergeordnetes Organ betrachtet haben. Das tritt besonders bei den Vorschriften zugute, die für den Fall vorgesehen waren, daß bei irgend welchen Gesetzesvorschlägen eine Uebereinstimmung zwischen Bundesrat und Reichstag nicht zustande kam. Es ist beispielsweise der Fall angenommen, daß der Bundesrat einem vom Reichstag genehmigten Gesetzentwurf die Zustimmung versagte. Dann galt das Gesetz eben als nicht angenommen, ohne daß der Reichstag ein Widerspruchsrecht besaß. Ganz abgesehen davon konnte der Bundesrat durch einfaches Ignorieren eines Reichstagsbeschlusses das Zustandekommen eines Gesetzes vereiteln, zum mindesten aber auf unbestimmte Zeit hinaus verzögern. Der Reichstag konnte den Bundesrat keineswegs zwingen, einen Beschluß zur Beratung zu stellen, selbst nicht durch wiederholtes Ersuchen. Umgekehrt war der Bundesrat einer abweichenden Stellungnahme des Reichstages nicht schußlos preisgegeben, da der Bundesrat im schlimmsten Falle von seinem verfassungsmäßigen Rechte, im Verein mit dem Kaiser die Auflösung des Reichstages zu veranlassen, Gebrauch machen konnte. Aber der Reichstag stand nicht nur einer Ablehnung bzw. Ignorierung seiner Beschlüsse durch den Bundesrat machtlos gegenüber, sondern auch die Regierung konnte gegen jedes auf verfassungsmäßige Weise zustandegekommene Gesetz ihr Veto (ich verbiete) einlegen.

Diesem komplizierten, die Zuständigkeit des Reichstages erheblich einschränkenden Bestimmungen, aus denen juristische Gelehrsamkeit alles Mögliche herausdenken konnte, steht mit erfreulicher Deutlichkeit der diesbezügliche Passus der neuen Reichsverfassung gegenüber. Es heißt hier klar und eindeutig:

„Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen.“

Damit ist der Reichstag gemäß dem Grundgedanken der Volkssouveränität zur alleinigen gesetzgebenden Körperschaft erhoben worden. Der jetzige Reichstag ist also im Gegensatz zu seinem Vorgänger kein abhängiger, nur zustimmender Faktor mehr, sondern ein völlig selbständig entscheidendes Organ. Gegenüber dieser überragenden Stellung des Reichstages sind auch die Bestimmungen der neuen Reichsverfassung ziemlich unwesentlich, die für einzelne Fälle ein negatives Einspruchsrecht des Reichsrates oder die Herbeiführung eines Volkstschiedes vorsehen. Selbst ein eventueller Einspruch des Reichsrates gegen ein vom Reichstage beschlossenes Gesetz kann ohne weiteres überwunden werden durch einen 2/3 Mehrheitsbeschluss des Reichstages. Der in der Weimarer Verfassung vorgesehene Volkstschied, der auf Veranlassung des Reichspräsidenten oder eines bestimmten Bruchteiles der Wählermassen herbeigeführt werden muß, kann schon wegen der äußeren Schwierigkeiten seiner Durchführung nur in den allerletzten Fällen zustande kommen. Diese Verfassungsbestimmungen sind nicht in der Lage, an der hervorragenden Stellung, die der Reichstag als alleiniger Träger der Reichsgesetzgebung inne hat, etwas zu ändern.

Der Reichstag hat nicht nur die Befugnis, über Gesetzentwürfe zu entscheiden, sondern er hat auch das Recht der Initiative, d. h. er kann auch selbst die Anregung zur Schaffung neuer Gesetze geben, aus seiner Mitte heraus können Gesetze vorgeschlagen werden. Dieses Recht der Initiative war zwar schon in der früheren Reichsverfassung festgesetzt, nur war der Reichstag gezwungen, seine Gesetzesvorschläge zunächst dem Bundesrat vorzulegen.

Wenn wir das weite Gebiet der Reichsgesetzgebung überschauen, so fällt uns in der neuen Reichsverfassung vor allem auf, daß nunmehr auch Kriegserklärung und Friedensschluß als Akte der Reichsgesetzgebung betrachtet werden und damit der alleinigen Zuständigkeit des Reichstages unterliegen. Früher erfolgten Kriegserklärung und Friedensschluß durch das Staatsoberhaupt, d. h. durch den Kaiser. Die Volkssouveränität war bei diesen für das Leben einer Nation bedeutsamen Akten völlig ausgeschaltet. Jetzt hat also der Reichstag, wie das einer großen und freien Nation würdig ist, über Krieg und Frieden zu entscheiden.

Ebenso bedürfen Bündnisse und Verträge, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, der Zustimmung des Reichstages. Nach der alten Reichsverfassung dagegen konnte der Reichstag nur beim Zustandekommen von Verträgen mitwirken, und zwar im Verein mit dem Bundesrate. Heute ist der Reichstag (der Nachfolger des früheren Bundesrates) hierbei ganz ausgeschaltet.

Aus dem umfangreichen Gebiete der Reichsgesetzgebung sei schließlich noch die Etatsgesetzgebung hervorgehoben. Unter Etat versteht man bekanntlich den Haushaltsplan des Staates, eine Aufstellung über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des Reiches, innerhalb eines Rechnungsjahres. Das Recht der Etatsgesetzgebung wird nunmehr ebenfalls allein durch den Reichstag ausgeübt. Auch in der früheren Reichsverfassung mußte das Staatsgesetz dem Reichstag unterbreitet werden. Diese Befugnis des Reichstages war gerade früher von großer politischer Bedeutung, weil oft nur die Beratung über den Haushalt des Staates dem Reichstage die einzige Möglichkeit bot, die verschiedensten Gebiete der Staatsstätigkeit einer eingehenden Kritik zu unterziehen. Heute, wo die Zuständigkeit des Reichstages ganz wesentlich erweitert worden ist, bestehen für ihn auch andere Möglichkeiten, die Staatsverwaltung zu kontrollieren.

Als Ergebnis unserer Betrachtungen über die Zuständigkeit des alten und neuen Reichstages in der Reichsgesetzgebung können wir mithin feststellen:

1. Der frühere Reichstag konnte nur im Verein mit dem Bundesrate, dem er z. T. sogar untergeordnet war, die Gesetzgebung des Reiches ausüben. Wichtige Funktionen des Staatslebens, z. B. die Entscheidung über Krieg und Frieden, gehörten nicht zur Reichsgesetzgebung und waren somit der Einwirkung der Volksvertretung entzogen.
2. Heute ist der Reichstag gemäß dem Grundgedanken der Demokratie die alleinige gesetzgebende Körperschaft. Das Gebiet der Reichsgesetzgebung und damit die Zuständigkeit des Reichstages ist nach der neuen Reichsverfassung wesentlich erleichtert worden.

Entspannung im Ruhrrevier.

Wesentliche Verbesserungen für die Bergarbeiter erreicht.

SPD. Bochum, 14. Juli. (Drahtber.)

Die vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Verhandlungen zur endgültigen Beilegung der im Ruhrbergbau entstandenen ersten Differenzen haben zu Einigungsvorschlägen geführt, zu denen heute eine Revierkonferenz der freien Gewerkschaften in Bochum Stellung zu nehmen hatte.

Unter dem Druck der vom Bergarbeiterverband eingeleiteten Kündigungsaktion sind die Streitfragen aus dem Schiedspruch zum Rahmentarif durch einige nachfolgende Verhandlungen so gut wie reiflos beseitigt. Als wichtige Verbesserungen, die zugleich aus produktivtechnischen Gründen bemerkenswert sind, seien erwähnt: 1. Wesentliche Verbesserungen des Gehaltensystems und des Mindestlohnes; 2. Vorverlegung der Lohnzahlungstermine; 3. Zahlung des Soziallohnes (Haushalts- und Kindergeld bei Krankheitszeiten); 4. Verbesserung der Lohnforderungen für die südlichen Randzechen; 5. Beilegung des Streites um den 1. Mai.

Der Referent zum Rahmentarifvertrag erntete für sein von sachlichen Erwägungen getragenes Referat stürmischen Beifall. — Die Diskussionsredner erkannten ohne Ausnahme an, daß die Bergarbeiterchaft einen großen Erfolg errungen habe trotz der Anfeindungen und Verdächtigungen von Seiten der bürgerlichen Presse und des christlichen Gewerksvereins und der Unionisten. Gerade deshalb ist der Erfolg für die weitere soziale Entwicklung im Ruhrbergbau von besonderer Bedeutung. Mit erdrückender Mehrheit, und zwar mit 373 gegen 15 Stimmen, wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die am 14. Juli in Bochum tagende Revierkonferenz der freien Gewerkschaften des Ruhrgebiets stimmt dem Abschluß des Rahmentarifs über den Ruhrbergbau auf der Grundlage des Schiedspruchs vom 22. bis 25. Mai einschließlich der dazugehörigen protokolllarischen Erklärungen und dem nachfolgenden Verhandlungsergebnis zu. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, von der Einreichung der eingelaufenen Kündigungszeit abzugehen. Von der gesamten Ruhrbergarbeiterchaft wird erwartet, daß sie die allein durch das energische Vorgehen des Bergarbeiterverbandes erzielten Ergebnisse durch Stärkung der Reihen der Verbandsmitglieder befestigen hilft.“

Rußlands Zusammenbruch.

Das Hungerelend in der Ukraine.

Genf, 13. Juli. (WB.)

Der Delegierte de Luberjac hat, aus der Ukraine zurückgekehrt, dem Genfer Hilfskomitee für das hungernde Rußland einen erschütternden Bericht über die furchtbare Lage erstattet, die in den Städten Kiew, Charkow und Odessa herrscht. Danach verjagt Kiew, wohin Tausende von Flüchtlingen aus dem Hungergebiet strömen, nicht mehr über die Mittel zu ihrer Verpflegung und Unterkunft. Die Flüchtlinge bleiben ohne jegliche Hilfe am Bahnhof liegen, wo sie elend sterben. In Charkow, dem Sitz der ukrainischen Regierung, irren hungernde Kinder auf den Bahnsteigen der Eisenbahn umher, ohne daß sich jemand um ihre Not kümmerte, so daß sie an Ort und Stelle zusammenbrechen und sterben. Auf diesem Bahnhof sammelt sich oft eine Menge von 7000 bis 8000 Flüchtlingen auf einmal an. Die Charkower Behörden setzen sich bereits genötigt, die Spitäler zu schließen, weil sie weder Medikamente noch Lebensmittel besitzen. Ähnliche Zustände herrschen in Odessa und längs der Eisenbahnlinie Charkow-Odessa. Die Wagen, welche die Toten in Odessa sammeln, brauchen fast eine Woche, um die Stadt zu durchqueren, so daß die Leichen oft tagelang auf den Straßen liegen bleiben, bevor man sie in die gemeinsame Gruft hineinwerfen kann. Viele Leichen sind, bevor sie bestattet werden, nicht nur von Ratten, sondern auch von Hungernden angenagt. Das ganze Gebiet zwischen Odessa und Poltawa, das einst zu den schönsten Gegenden der Ukraine gehörte, liegt jetzt völlig brach. Die Häuser stehen verlassen, manche Städte in der Ukraine haben 85 Proz. ihrer Einwohnerzahl verloren. Die Menschenfreßerei ist dermaßen verbreitet, daß sie von den Behörden nicht mehr verfolgt wird.

Amerikanische Studenten beim Reichskanzler.

Berlin, 14. Juli.

Der Reichskanzler hat heute vormittag eine Gruppe von etwa 50 amerikanischen Studenten empfangen, die sich im Zusammenhang mit der so überaus dankenswerten in Amerika arbeitenden europäischen Studentenhilfe auf einer Rundreise durch Europa befinden. In einer Ansprache behandelte der Kanzler die Wiedergutmachungsfrage und führte aus, daß erfreulicherweise sowohl in England wie auch in Amerika immer mehr die Erkenntnis wachse, daß die Wiedergutmachungsfrage ein europäisches und ein Weltproblem sei und daß diese Erkenntnis jetzt auch schon an die Pforten Frankreichs klopfe. Wirtschaftliche Fragen ließen sich nicht durch Ultimatum und Diktate mit dem Säbel lösen. Zum Abschluß gab der Kanzler den jungen Amerikanern auf besonderen Wunsch Geleitworte mit und sagte: Auch ein bestes Volk hat Anspruch auf Gerechtigkeit. Man kann von einem Volk nicht mehr verlangen, als in seinen Kräften liegt. Amerika hat eine Sklavenbefreiung erlebt; wenn man von einem Volke in Europa mehr verlangt, als es leisten kann, so ist das der Beginn einer neuen Völkerkaverei.

Wohnungen statt Dielen!

In einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Regierungen der Länder (Wohnungsressorts) vom 13. Juni 1922 heißt es u. a.:

In der Presse ist in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Eröffnung von Vergnügungstätten (Dielen, Bars, Nachtcafes, Spielklubs usw.) in größeren Städten überhandnehme, und daß sie vielfach in Räumen eingerichtet seien, die als Wohnräume oder zur Unterbringung anderer Gewerbebetriebe Verwendung finden könnten. Die Vermehrung der Vergnügungstätten halte ich mit Rücksicht auf den Mangel an Wohnräumen und gewerblichen Räumen für durchaus unerwünscht und gestalte mir, noch besonders darauf hinzuweisen, daß auch der Reichsrat bei der Ablehnung des Entwurfs eines Gesetzes gegen Schlemmerei in einer Entschlieung Maßnahmen gegen die fortschreitende Umwandlung von Wohn- oder gewerblichen Räumen in Luxusgaststätten gefordert hat.

Sch wäre daher dankbar, wenn die Wohnungsämter auf die bestehenden Mißstände nachdrücklich hingewiesen und nernächst würden, die Genehmigung von Mietverträgen zur

Unterbringung derartiger Betriebe regelmäßig dann zu versagen, wenn die Räume für wohnungsuchende Personen oder für andere, volkswirtschaftlich wichtigere Gewerbebetriebe Verwendung finden können, oder in Ausnahmefällen die Genehmigung nur zu erteilen, wenn ein Geldbetrag zur Herstellung entsprechender neuer Wohn- oder Geschäftsräume gezahlt wird. Ferner würde ich es für zweckmäßig halten, wenn gegen derartige Betriebe, soweit sie ohne Genehmigung der Wohnungsämter Räume inne haben, tatkräftig vorgegangen würde, und wenn sie zur Freimachung gezwungen würden.

Sollten die bestehenden Anordnungen nicht ausreichen, um ein erfolgreiches Vorgehen zu ermöglichen, so bin ich grundsätzlich bereit, zu notwendigen Änderungen der Vorschriften meine Zustimmung zu erteilen.

Wacht Herr Geßler auf!

SPD. Vor wenigen Wochen fanden in Süderbög Aufnahmen für den dritten Teil des Films „Friedrichs Her“ statt. Zu dieser Aufnahme wurden zwei Regimente Reichsmehr zur Verfügung gestellt. Da diese Anordnung der Regimentskommandeure einem Verbot zuwiderließ, wurden beide jetzt auf Anordnung des Reichswehrministers ihrer Stellung enthoben. — Endlich ein vernünftiges Werk des Herrn Geßler!

Verbotene Plakate in Hessen.

Die Deutsche Volkspartei in Hessen hatte vor kurzem ein Propagandaplakat einer Druckerei zum Druck übergeben, auf dem die bekannte Ausschreibung gegen die Abgeordneten Dr. Osann und Dingeldey dargestellt war. Vor der Veröffentlichung erhielt die Regierung Kenntnis von dem Plakat und verhinderte die Herausgabe. Die Druckerei strengte ein Verfahren gegen Unbekannt an, um denjenigen, der das Plakat vor dem Druck angeblich entwendet und es der Regierung überbracht hatte, zu ermitteln und bestrafen zu lassen! Die Regierung hat jetzt, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, beim Landtag die Niederlegung des Verfahrens beantragt, weil durch die Verhinderung der Herausgabe des Plakats unabsehbarer Schaden verhütet wurde.

Devisen-Kurse.

Berlin, 17. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	15. Juli.	14. Juli.
Amsterdam	100 fl.	17128.55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	3435.70
Kristiania	100 Kr.	7520.70
Kopenhagen	100 Kr.	9468.15
Stockholm	100 Kr.	11895.70
Helsingfors	100 finn. Mk.	951.80
Rom	100 Lire	1992.50
London	1 £	1995.05
New York	1 Doll.	438.45
Paris	100 Frs.	—
Zürich	100 Frs.	—
Madrid	100 Pesetas	—
Wien	100 K.	1.50 1/2
Prag	100 K.	996.75
Budapest	100 K.	34.70

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 15. Juli: S. Schneewittchen von Valdemarsfjeld in 8 Tg., D. Alfs von Penneberg in 14 Tg., D. Taspert von Grewisch in 4 Tg., D. Ernen von Kopenhagen in 14 Tg., D. Gros von Kalmars in 2 Tg., D. Gypsch von Seile in 24 Tg., D. Remeta von Karlskrona in 2 Tg., D. Segnie von Bornland in 3 Tg., D. Stamant von Nyborg in 1 Tg., D. Victoria von Esbendborg in 1 Tg., 17. Juli: S. Dora von Alborg in 5 Tg., S. Falke von Norrosundpü in 16 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Heilketten Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Weges & Co., Lübeck in Lübeck.

Reste

und Abschnitte

fabelhaft billig auf den Auslagefischen

Reste

und Abschnitte
auch in grösseren Längen

Stickereien
Spitzen und
Seidenbänder

Reste

und Abschnitte
auch in grösseren Längen

Woll-Stoffe
Waschstoffe
Wäschestoffe
Seidenstoffe

Reste

und Abschnitte
auch in grösseren Längen

Tüllgardinen
Wachstuche
Einzelne Stores

Holstenhaus

Lübeck. * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.

Die Vermieter, welche zum 1. April oder zum 1. Juli Kündigungskträge durch Nichtbezahlung beim Einigungsamt gestellt haben, werden ersucht, noch einmal eine Einigung mit ihren Mietern über die zu zahlende Miete zu versuchen, und wenn dieser Versuch ergebnislos verläuft, dem Einigungsamt Mitteilung zu machen, damit eine Entscheidung erfolgen kann. Soweit eine solche Mitteilung nicht erfolgt, wird das Einigungsamt bis auf weiteres annehmen, daß die Sache durch gütliche Verständigung erledigt ist. (4571)

Verl. 1 Herrenstuhl mit Stuhlrohr, Abg. 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000



Korbmöbel
in Fabrikpreisen.
Bedingene Schenkung.
Nur Ströbenstr. 1
(Tel.) (4569)
9-12 und 2-5.

Zur die Anfertigung von Schloßer werden
geübte Steinfläger
sofort gesucht.
Der Landesvorstand.
J. A. Christianien.
Curia, den 14. Juli 1922.

Für die vielen Ausverkaufungen zu unserer Hochzeit sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.
Hans Wilsoet und Frau
(4582) geb. Thode.

Sonntagsmorgens 9 1/2 Uhr anschießend nach kurzen Schwimmen im See ein gemütliches Frühstück.
Bertha
geb. Ahrens.
In ihrer Wohnung:
Ernst Krügerfeldt
Glück, Schmiedestraße 14
am 15. Juli 1922
Verehrte Verwandte,
wenn Sie an dem
Wort teilnehmen wollen,
so bitte ich Sie,
dies mir mitzuteilen.

1 sehr gut erhaltene Kinderwagen und ein kleiner schwarzer Wagen zu verkaufen.
(4585) Engelstraße 23/11.

2000 Pfd. Käse billig, p. Pfd. 26.-
Margarine unter Fabrikpreis
45, 50, 55, 60, 65 Pfd. pro Pfd. (4571)
Von 200 Pfd. und jedes Quantum abgegeben
Lübecker Margarine-Centrale
Goldstraße, 6, Marktstraße u. Bad Schwarzen

Jedem ist die günstige Gelegenheit geboten, ohne Marktschreierei zu erzielen, bis auf weiteres:
Hauswandarbeiten per Stk 4.- und 12.-
Kuchen 2.70
Schwarze Eier 2.50 3.50
Schwarze Eier 4.00 5.00
Kunstpapier in Stk.
oder gewacht 3.50
Zinn-, Silber-, Pferdehaare 200.-, 220.-
Kübel 73.00, 80.00, 88.00
Reinigung 34.00, 40.00, 47.00
Sied- und Zieh 21.00, 22.00, 26.00
Krochhaare 25.00, 30.00
Sämtliche feste höchste Tagespreise!!!
Beim Verkauf von Eisen und Messen bitte Käufer mitzubringen! (4567)
Von Personen unter 21 Jahren werden keine Metalle und Eisen angekauft, auch nicht gegen Schein der Eltern.
R. Lissauer, 5 Gartenstraße 5.
Um Irrtümer zu vermeiden, bitte man genau auf Straße und Nummer.
Ausschneiden und mitbringen!
Dauernd überbiete jede Konkurrenz!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß
Lübeck.
(4560)
Gewerkschaftsfest
Erscheinung u. Bude-
nager werden gebeten,
sich im Sekretariat, Je-
dennstraße 48, part., be-
zugs zu melden.
Der Festausschuß.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Die fällige (4568)
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 18. Juli,
fällt aus.

Gewerkschaftsfest
für Stockelsdorf
am Sonntag, dem 23. Juli d. J.
FESTZUG nachmittags 2 Uhr
von **O. Diedrichsen** zum Gemeindepar.
Dort Herren- und Damen-Belustigung.
Abends: **BALL** in 2 Sälen.
Preis der Marktskarte Mk. 4.- und Mk. 2.-
Für Ball Mk. 6.- und Mk. 4.- (4566)
Auswärtige Gewerkschaften und Vereine sind hiermit freundlichst eingeladen.
Das Komitee.

Café Astoria
Holstenstraße 26 (4552)
Täglich Künstler-Konzerte
Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

C. Thiel & Söhne
Heute, Montag, dem 17. Juli, abends 8 Uhr,
im **Restaurant Friedrichshof:**
Betriebs-Versammlung.
(4559)
Stepdecken
Anfertigung, Aufarbeiten u. Neubeziehen.
Spthmann, Breite Str. 31

Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Lübeck.
Versammlung
der Delegierten des Ortsausschusses
und der Gewerkschaftsvorstände
heute, Montag, dem 17. Juli, abends 8 Uhr,
im **„Gewerkschaftshaus“.**
Tagesordnung:
Der Streit auf der Überlandzentrale.
Das Erscheinen aller Delegierten und Vorstandsmitglieder ist notwendig!
(4561) Der Vorstand des A. D. G. B.

Berein zur Hebung des Fremdenverkehrs in Lübeck.
Festversammlung
aus Anlaß des 25jähr. Bestehens des Vereins
am Dienstag, dem 18. Juli 1922
abends 7 Uhr
im Hause der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Königl. 5.
Mitglieder und deren Damen, sowie von Mitgliedern einzuführende Gäste werden zu zahlreichem Besuch eingeladen.
(4578)
Der Vorstand.
Heinr. Slevors, Vorf.

KOLO SSEUM
Morgen Dienstag, den 18. Juli,
ab 6 Uhr!
Garten-Konzert
Leitung: Kapellmeister Sulanke
3. heiterer Künstler-Abend
mit Tanzelnagen
unter Mitwirk. mehrerer erstkl. Künstler.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt. (4568)

Bierbier.
Dienstag von 3-6 Uhr.
(4550) **H. Bade.**
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
(4572)

General-Versammlung
am Dienstag, dem 18. Juli
abends 7 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungssätze.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
Schüsselbuden 4.
Wiener Sufi und Seben.
Beginn 8 1/2 Uhr.
(4551)

Hansatheater.
8 Uhr. 8 Uhr.
Nur noch
5 Aufführungen
von der großen Aufführungsbrosche
„Oben großen Teich“
mit den Gästen
Emil von Dollen (4568)
Mina v. Seeman
Willy Schweisguth
Dir. Oskar-Erasim.

Freistaat Lübeck.

Montag, 17. Juli.

Arbeiters Feierabendlied.

Tag, wie hast du müde mich gemacht!
Hast dir alle meine Kraft gegeben,
Mit mein Können, das erträglich macht
Mir das Schicksal Gegenwart und Leben!

Tag, du trankstst Schweiß und Marx und Blut!
Und nun winkt mir Feierabendträumen...
Meine Hand, die schwielenharte, ruht —
Und es raunt und rauscht in allen Bäumen...

Heimwärts schreite ich, zu Weib und Kind.
Aber Värm verhalte... Und der Friede
Kurzer Abendfeier mich umpinnt...
Tag, du gingst... und ich bin müde... müde... L.

*

Wahrung, Gewerkschaftsleiter und Kolleginnen! Dem Vorstand des A. D. G. B. wird bekannt, daß von unberufener Seite Sammelkassen in den Betrieben umlaufen zur Unterstützung der Streikenden der Schiffverwertungs-Gesellschaft. Auf Grund eines kürzlich vom Gewerkschaftsvorstande erneut bestätigten Beschlusses darf keine Sammelkassen herausgegeben und auf derselben gezeichnet werden, die nicht den Stempel des Ortsausschusses des A. D. G. B. trägt. Wir bitten alle Kollegen und Kolleginnen, diese Listen zurückzuweisen.
Der Vorstand des A. D. G. B.

Fürsorge für Empfänger von Invaliden- und Witwenrenten.

Das Wohlfahrtsamt schreibt: Wie die Kleinrentenempfänger, so sind auch die Empfänger von Invaliden-, Alters- und Witwenrenten aus der Deutschen Sozialversicherung durch die Geldentwertung der letzten Jahre außerordentlich hart betroffen worden. Zwar haben auch vor dem Kriege die Alters-, Invaliden- und Witwenrenten vielfach mit ihren Renten nicht auskommen können, doch konnten sie sich zum großen Teil die ihren zum Lebensunterhalt fehlenden Mittel aus kleinen Ersparnissen und aus Unterhaltsbeiträgen ihrer Angehörigen beschaffen. Vielfach fanden sie auch noch kleine Verdienstmöglichkeiten. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil von ihnen mußte neben seiner Rente Armenunterstützung in Anspruch nehmen. Dieses Bild hat sich in den letzten Jahren vollständig verändert. Die Renten haben zwar eine gewisse Erhöhung erfahren; diese Erhöhung erfolgte aber nicht einmal im Verhältnis der Erhöhung der Löhne und Gehälter der noch in Arbeit stehenden Bevölkerung, geschweige denn im Verhältnis der zunehmenden Teuerung aller notwendigen Lebensbedürfnisse. So liegt die Not in diesen Kreisen von Jahr zu Jahr. Die geringen Ersparnisse wurden aufgezehrt, die Angehörigen konnten nicht mehr wie bisher helfen, weil sie selbst unter der zunehmenden Teuerung litten, und die geringen Einnahmen aus leichter Gelegenheitsarbeit, die sich hier und da bot, stand nicht mehr im Verhältnis zu den Kosten des Lebensunterhalts. Der steigenden Not der Sozialrentner halfte, nachdem eine weitere Erhöhung der Leistungen der Versicherungsanstalten nicht mehr durchführbar erschien, dann zum erstenmal in durchgreifender Weise das Reichsgesetz über Kostensmaßnahmen für Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angehörigenversicherung vom 7. Dezember 1921 abzuhelfen. Durch dieses Gesetz wird eine besondere Fürsorge für die Sozialrentner eingerichtet, die in Lübeck dem Wohlfahrtsamt obliegt und die Aufgabe hat, unter Prüfung der einzelnen Fälle die Empfänger einer Alters- oder Invalidenrente durch monatliche Zuschüsse so zu unterstützen, daß sie zusammen mit ihren sonstigen Bezügen auf ein Jahreseinkommen von 3000 Mark, die Empfänger einer Witwenrente auf ein Jahreseinkommen von 2100 Mark kommen. Im Frühjahr sind diese Sätze, soweit besondere Umstände vorliegen, erhöht für Alters- und Invalidenrentner auf 4800 Mk., für Witwen auf 3300 Mk. jährlich. Das Vorliegen der besonderen Umstände wird

bei der herrschenden Teuerung im Gebiet der Stadtgemeinde Lübeck ohne weiteres angenommen. Die Zahl der vom Wohlfahrtsamt zurzeit unterstützten Sozialrentner beträgt rund 2000. Ehe das erwähnte Reichsgesetz erlassen wurde, hatte Lübeck schon aus eigenem Antrieb eine Fürsorge für Sozialrentner beim Wohlfahrtsamt errichtet. Aus den allerdings bescheidenen Mitteln dieser Fürsorge kann den Rentnern in Fällen besonderer Not über ihre Zuschüsse, die ihnen nach dem Gesetz zustehen, hinaus geholfen werden. Zu denken ist insbesondere an Krankheitsfälle. Alters-, Invaliden- und Witwenrentner und Rentnerinnen können, wenn sie erkrankt und nicht in einer Krankenkasse sind, vom Wohlfahrtsamt einen Krankenschein erhalten, der ihnen bei den Ärzten und Apothekern eine Behandlung und Lieferung von Arzneimitteln zu den Sätzen der Krankenkasse, also zu ermäßigten Preisen, gewährt. In Fällen besonderer Not können die ganzen Kosten vom Wohlfahrtsamt übernommen werden. An schwererkrankte Sozialrentner kann das Wohlfahrtsamt auch für eine gewisse Zeit Gutscheine zum Bezug verblühter Milch ausgeben. Soweit die Rentner Gas heizen, können sie einen Zuschuß zur Gasrechnung erhalten. Eine Verbilligung der Winterheizung wird vom Wohlfahrtsamt vorbereitet, vorläufig haben Anfragen danach beim Wohlfahrtsamt noch keinen Zweck. Zur Verbilligung des gestiegenen Brotpreises sind den vom Wohlfahrtsamt unterstützten Sozialrentnern, soweit ein Bedürfnis anerkannt werden konnte, schon bei den Zahlungen am 1. April und am 1. Juli Gutscheine ausgehändigt worden, die jedesmal für zwölf Wochen wöchentlich ein Brot um 5 Mk. verbilligen. Auch eine einmalige Ausgabe von Gutscheinen auf kostenlosen Bezug von Invaliden-, Alters- und Witwenrenten bei der Fürsorgestelle im Wohlfahrtsamt, Zimmer 28, in der Sprechstunde von 8—11 Uhr, in wirtschaftlichen Fragen Rat und, soweit die Mittel reichen, Hilfe.

Endlich sei erwähnt, daß sich die Rentnerfürsorge auch auf die Empfänger von Waisenrenten aus der Invalidenversicherung bezieht, soweit diese nicht in der Fürsorge einer anderen Stelle, insbesondere als Kriegerwaisen in der Kriegshinterbliebenenfürsorge stehen.

*

Statistischer Monatsbericht über Lübeck im Juni 1922. Nach der Fortführung des Statistischen Landesamtes betrug die Bevölkerungszahl Lübecks Ende Juni 122 115 gegen 119 528 im Vorjahre, sie hat also um 2587 Köpfe oder 2,14 Prozent zugenommen. Im Juni selber sind 12 341 Kinder der Geburtenüberschuss belief sich zwar auf 76, die Wanderungsbewegung brachte aber bei 1420 Zu- und 1524 Weggezogenen einen Verlust von 104 Personen. Ehen wurden 111 geschloffen gegen 90 im Vormonat und 100 im Vorjahre; die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Heiratsziffer war 10,9 war etwas höher als die vormonatliche (8,8) und die des Vorjahres (10,0). Von den Eheschließenden heirateten zum zweiten Male 27 und zwar 13 Männer und 14 Frauen. Die Zahl der Geborenen einschließlich der Totgeborenen blieb mit 217 (108 Knaben und 114 Mädchen) hinter der des Vormonats (231) etwas zurück, übertraf aber die vorjährige um 22. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtsziffer betrug 21,8 gegen 22,7 im Mai und 18,3 im Vorjahre. Unter den Geborenen waren 26 oder 12,0 Prozent unehelich und 6 oder 2,8 Prozent tot. Gestorben sind 135 Personen und zwar 66 männliche und 69 weibliche. Im Vormonat starben 185 und im Juni vorigen Jahres 125. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) belief sich auf 13,3 gegen 13,2 im Vormonat und 12,5 im Vorjahre. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung war hiernach bedeutend günstiger als im Mai. Im 1. Lebensjahre starben 26 Kinder, darunter an angeborener Lebensschwäche 9 und an Magen- und Darmkrankheit 4. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer betrug 130,3 gegen 137,6 im Vormonat und 121,3 im Juni vorigen Jahres. Todesursache war 29mal Krebs, 17mal Krankheiten der Kreislauforgane, 16mal Lungenentzündung, 14mal Altersschwäche und 12mal Tuberkulose. Gewalttätigen Todes starben 9 Personen: 4 durch Selbstmord, 2 (Säuglinge) durch Mord und 3 durch Verunglückung.

Zur Lohnbewegung in den Wäschereibetrieben. Wir müssen uns an die Töchter und Frauen der organisierten Arbeiterzunft Lübecks wenden und sie dringend ermahnen, nicht in Betriebes Ar-

beit zu nehmen, wo ihre Kolleginnen sich im Streik befinden. Das ist leider beim letzten Streik in dem Arbeiterdorf Borwerk geschehen und darf sich nicht wiederholen. Auch hier in Lübeck sind Betriebe, die ihre Arbeiterinnen sofort entlassen haben, weil sie es wagten, in den Streik zu treten. Es sind dies die Firmen: Kasper, Friedensstraße und Köhler, Schützenstraße. Hier darf keine Kollegin vorläufig in Arbeit treten. Es gibt auch noch viel unorganisierte Mättern und Wäscherinnen, die bei sogenannten Herrschaften sehr billig arbeiten, damit diese sich einen größeren Luxus erlauben können. Auch Frauen, deren Männer im Berufe tätig sind, haben oft eine eigene Wäscherei, in der sie Wäsche sehr billig herstellen, wodurch unseren organisierten Kolleginnen der Erfolg bei ihren Lohnbewegungen schwer gemacht wird. Darum rufen wir: Arbeiter Lübecks, kümmert Euch um Eure Frauen und Töchter, wo sie arbeiten und vor allem darum, ob sie auch im Verband sind! Die Parole muß lauten: Sinein in den Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband! Nur durch Geschlossenheit und eine starke Organisation können wir bessere Zustände schaffen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Bekleidungs-Arb.-Verbandes (Zentrale Lübeck.)

Achtung, Delegierte des Ortsausschusses und Vorstände der Gewerkschaften!

Heute abend, 8 Uhr, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller ist Pflicht.
Der Vorstand des A. D. G. B.

Kündigungsanträge zwecks Mietsteigerung zum 1. April oder 1. Juli. Vom Einigungsamt wird uns geschrieben: Am Ende des vorigen Jahres und im Frühjahr dieses Jahres sind beim Einigungsamt viele Hunderte von Kündigungsanträgen zwecks Mietsteigerung eingereicht worden. Das Einigungsamt hat in allen diesen Fällen zunächst die Kündigung abgelehnt, jedoch die Festsetzung einer höheren Miete vorbehalten. Nachdem Ende Juni die Sätze des Reichsrentengesetzes bekannt gemacht waren, ist den Mietern, gegen welche solche Anträge gestellt wurden, vom Amt aus nahegelegt worden, sich auf Grund dieser Sätze mit ihren Vermietern zu verständigen. Die Sätze entsprachen im Durchschnitt den Teuerungverhältnissen in dem Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli d. Js. Es darf angenommen werden, daß, nachdem nunmehr die Sätze bekannt geworden sind, viele Mieter, welche eine entsprechende Vereinbarung mit einem ihnen noch unbekanntem Inhalt seinerzeit nicht eingehen wollten, sich nunmehr noch mit ihrem Vermieter über die Zahlung verständigen. Wo dieses nicht geschieht, muß eine Entscheidung des Amtes erfolgen und in vielen Fällen werden die Vermieter aufgefordert, dem Amt von dem erfolglosen Verhandlungsversuch noch Mitteilung zu machen. Vergl. im übrigen den Inferatenteil.

Erhöhung der Gebühren im Paketverkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhöhung im Auslands-Paket- und Telegrammverkehr sowie für Ferngespräche nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 10. Juli an auf 100 Mark festgelegt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Köstchen mit Wertangabe nach dem Auslande maßgebend. Nähere Auskünfte erteilen die Postämter.

Sagerkrankheit. In früherer noch nicht in unserer Gegend beobachteter Weise tritt in diesem Jahre eine durch eine Milbe verursachte Erkrankung des Sagers auf. Die Halme bleiben kümmerlich in der Entwicklung, die Blattscheiden sind dunkelblaurot gefärbt und die Rippen bleiben in der Entwicklung stecken. Wenn sie entwikkelt sind, weisen die Spelzen ebenfalls blutrote Flecken auf. Bisher ist diese Krankheit meist nur dort beobachtet worden, wo im Vorjahre Sager oder Morgentrot gestanden hat. Zur näheren Erforschung dieser Erkrankung ist es dringend erwünscht, daß alle Landleute, die die Krankheit beobachten, dies am besten unter Einwendung einiger Pflanzen der Hauptstelle für Pflanzenbau: Lübeck, Museum am Dom, mitteilen.

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. von der Eiber.

45. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Die Herrin von Kethwischhof wurde mit den ihr gebührenden Ehren zu Grabe getragen.
Eine große Trauermahlzeit vereinigte die Bekannten und Verwandten. Es gab Graupenweinsuppe und Kinderbraten mit Kohlrabi in Rahmsauce und getriebenen Pflaumen. Auch in der Leutestube tat man sich gütlich. Die Leute aßen mit roten Gesichtern und funkelnden Augen. Die Weinsuppe war stark; sie lag zu Kopfe. Es herrschte bei dem Begräbnis eine größere Lustigkeit im Hause, als jemals zu Lebzeiten der Frau. Ja, Frau Ingeborg verstand zu leben und leben zu lassen.
Zum Schluß zog Hinnek eine gefüllte Weinflasche aus der Tasche, die Ingeborg ihm zugesteckt hatte. „Jetzt wollen wir mal aufhosen. Lena, hol mal ein paar Gläser.“ Lena kam nur ein paar defekte Groggläser. Hinnek schenkte ein und hielt in gedämpfem Tone eine kleine Rede. Wessen wollte sich tollfahren. Lena stieß Andrees in die Seite; er sollte doch lustig sein. „Soho“, sagte sie, „die Frau sollte uns sehen, sie würde sich im Sarge umdrehen.“
Frau Karline ruhte still unter ihren Blumen. Ihr grämliches Gesicht konnte nicht mehr in der Tür austauschen; aber an ihrer Statt stand plötzlich Wiebke mit strengem Blick und zusammengepreßten Lippen vor Hinnek. Sie streckte die Hand nach der Flasche aus. Ihr solltet euch schämen — gib den Wein her!
Hinnek legte den Arm um die Flasche und sah ihr dreist in die Augen. „Die Frau hat ihn spendiert.“
„Die Frau ist tot“, sagte Wiebke. „Frau Lebens ist nur Verwandte.“
„Aber sie hat hier zu sagen, sie und der Herr“, mischte sich Lena ein. „Das wäre noch gar gut, wenn jedes dumme Güz einen hier das Aussehen lernen wollte!“
Wiebke war schon gegangen, sie behnte vor Jörn, aber sie mußte sich ja bezwingen. Sie konnte doch nicht am Begräbnis der Mutter einen Skandal verursachen. Sie trat in die Küche, wo Ingeborg herumhantierte. Mechanisch streckte sie die Hand aus, um zu helfen.
„Woh nur rein, es ist alles fertig“, rief Ingeborg.
In der Wohnstube saßen die Gäste und aßen. Wiebke sah sich um, aber sie fand keinen Stuhl frei. Das einzige Stuhl, der

leer stand, neben dem Vater, nahm Ingeborg gerade in Beschlag. Sie schlich hinaus. Niemand schien sie bemerkt zu haben, niemand vermehrte sie. Nicht einmal die Großeltern und die Geschwister ihrer Mutter kümmerten sich um sie. Sie hatte sich niemals früher die Mühe genommen, ein Herz zu gewinnen.
Leise trat sie in das Latenzimmer und setzte sich auf einen Schemel hinter der Mutter Sarg. Als Leute hereintraten, duckte sie sich unwirklich. Es war der Zimmermann mit seinem Gefellen; er wollte den Sarg zuzugeln und wunderte sich, hier die Tochter anzutreffen. Auch die Träger fanden sich ein. Wiebke schlüpfte hinaus.
Als dann der Sarg hinausgetragen wurde, kam sie wieder zum Vorschein; sie kam gerade früh genug, um sich den letzten Frauen im Zuge anzuschließen. Sonne, hinter dem Pastor, gingen der Vater, Ingeborg und die Großeltern.
Der Tag ging vorüber wie ein dunkler Traum; das Alltagsleben begann. Hinnek suchte Wiebke in ihrem Vaterhause den Platz, den sie ausfüllen konnte. Überall trat ihr die Tante entgegen. Der Vater schien sie gern zu haben; er war viel freundlicher als zu Lebzeiten der Mutter. Mit den Diensthofen stand sie auf vertrautem Fuße, und der Haushalt ging am Schnülden. Es war eine arbeitsvolle Zeit. Es wurde eingemacht; die Winterdorräte wurden eingesammelt und verwahrt; dann kam das Einkassieren, das Großeinmachen; Ingeborg hatte alle Hände voll zu tun.
Wiebke nahm sich einmal den Mut, den Vater zu fragen, wie lange Ingeborg noch hier bleiben würde. Da war es, als wern man in einem stillen Wasser den Schlamm aufrührt. Des Vaters Stirn unwirkte sich; er wurde rot im Gesicht und sah ärgerlich aus.
„Was willst Du?“ fragte er endlich. „Du wirst doch nicht fertig. Du verstehst ja gar nicht, ein solch großes Hauswesen zu leiten, und die Leute würden Dir gar nicht gehorchen. Soll ich Ingeborg denn ohne weiteres davor schicken, wo wir ihr so viel Dank schulden?“
Wiebke senkte den Kopf. Sie sah ein, das ging nicht. Die Diensthofen würden ihr ja auch nicht gehorchen, darin hatte der Vater recht; Hinnek und die Mädchen schienen sich verlohnen zu haben; sie waren dreist und unbotmäßig gegen sie. Nur Andrees begegnete ihr respektvoll. Aber sie las in seinem Antlitz nur Mitleid mit ihrer unglücklichen Lage. Sein Mitleid wollte sie nicht. Wiebke zog sich in sich selbst zurück. Mochte ihr Gemüte alles abgeben, wie es wollte, mochte der Vater die Tante heiraten und die schalten und walten lassen, wie es ihr beliebte. Eines Tages würde Paul Jensen kommen und sie demantieren; dann war sie hier die längste Zeit gewesen. O, wann er doch käme!

Allen Hindernissen und Vorurteilen zum Trotz wollte sie ihn heiraten, und wenn sie mit ihm entfliehen sollte.
Aber er kam nicht, und er schrieb auch nicht. Den letzten Brief von ihm hatte sie erhalten, als sie noch in Ungeln war. Damals war er bei seinen Eltern, und er schrieb ihr, wie sich die beiden Alten auf ihn gefreut hätten, wie wohl er sich fühlte in dem einfachen, kleinen Häuschen. Er hatte freilich noch keine neue Stellung gefunden, aber er verzagte nicht; er dachte immer an sein stolzes, feines Viechen, und das gab ihm Mut.
Es waren schöne, liebe Worte die in diesem Briefe standen, und Wiebke wurde nicht müde, sie immer wieder durchzulesen. Sie hatte ihm wiederzuerleben und hatte ihre ganze Liebe in den Brief hineingelegt. Dann kam plötzlich die Trauerbotschaft vom Elternhause. Im letzten Augenblick fand sie, kurz vor ihrer Abreise, noch Zeit, ihm ein Brieflein zu schreiben. Sie teilte ihm ihre Abreise mit, sowie die traurige Veranlassung dazu, und schrieb ihm ihre zukünftige Adresse. Darauf hatte sie noch keine weitere Antwort erhalten, als eine Kondolenzkarte.
Warum schrieb er nicht? Halb Stunden lang stand sie mitunter am Steg und schaute die Trift hinab. Sie ging in den Garten und rang in Verzweiflung und in Sehnsucht die Hände. Sie beachtete nicht, daß der Herbstwind ihr Haar rauschte. Zu anderen Zeiten würde sie stolz und abwehrend den Kopf gedreht haben. Sie merkte nicht, daß der Boden unter dem raschelnden Laub feucht und naß war. Sie sah auch nicht die letzten überreifen Äpfel im Grotz.
Mitunter seufzte und schloß sie, wenn sie allein sah in ihrem falken, ungemühtlichen Stübchen; aber so weit konnte sie ihren Mitleid nicht besiegen, daß sie noch einmal an den geliebten Mann schrieb. Nein, zuerst mußte er ihr wieder schreiben. Den Vater und die Tante ließ sie nichts von ihrer Gemütsstimmung merken; sie ging gleichmäßig ruhig, kühl und stolz im Hause umher. Niemand sollte ahnen, wie sie litt.
Frau Ingeborg merkte wohl, daß Wiebke ihr gegenüber eine fast feindselige Haltung annahm, aber sie tat, als wäre es etwas Selbstverständliches, daß dies junge Mädchen nicht lebenswürdig sein konnte. Sie suchte sie durch verborgene Freundlichkeit zu beschämen. Sie lud auch öfter ihren Neffen Niklas ein, damit ein hübscher Lustigkeit ins Haus käme und Wiebke nicht ganz verlaorete. Niklas mußte immer so viel zu erzählen, er konnte auch allerhand Taktenspielerkünste, aber mit Wiebke war nichts anzufangen; ließ wie ein Stod lag sie dabei, kaum daß sie den Mund zu einem heißen Lächeln verzog. Ja, Kolf mußte sich im Stillen eingestehen, daß mit Wiebke sehr schwer umzugehen sei, und daß der Mann, der sie einmal heimführte, nicht zu beneiden wäre.
(Fortsetzung folgt.)

Der Streik auf der Hebelandzentrale hat, wie vorauszu sehen war, recht üble Folgen für die Allgemeinheit gezeitigt. Nicht nur die Straßenbahn hat wegen Strommangels den Verkehr einstellen, sondern auch mehrere größere industrielle Werke haben ihren Betrieb stark einschränken resp. schließen müssen. Auf der Lübeck-er Maschinenbaugesellschaft werden nur noch wenig Arbeiter beschäftigt. Auf dem Glendewerck und bei Thiel & Söhne müssen viele feiern und es steht zu befürchten, daß, falls der Streik nicht bald beigelegt wird, die Betriebe gänzlich geschlossen werden. In einer ähnlichen Situation befinden sich noch mehrere Großbetriebe. Insgesamt sind, wie uns mitgeteilt wird, infolge des Streiks gegenwärtig schon rund 5000 Arbeiter beschäftigungslos. Die Stilllegung der Straßenbahn schädigt den Verkehr und das Wirtschaftsleben in starkem Maße. Auch das Landgebiet, das bisher in großem Umfange (von Wismar bis Wandsbek) mit Strom und Licht versorgt wurde, leidet stark, da nur ganz wenig Strom für Volkstheater und sonstige wichtige Betriebe abgegeben werden kann. Es liegt daher im Allgemeininteresse, daß der Streik möglichst bald beigelegt wird. Heute mittag finden erneut Verhandlungen statt, die hoffentlich zu einer Einigung führen. Bei einem Streik in einem so wichtigen Betrieb wie die Hebelandzentrale müssen Vorrechte und Nachteile vor einem so folgenschweren Schritt gründlich geprüft und das Allgemeininteresse mit berücksichtigt werden.

Verleihung von Rettungsmedaillen. Dem Polizeiwachmeister Martens, blauer Polizei, der am 26. Mai d. J. einen beim Rufen in den Kräheneich gefallenen Schüler mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, ist die vom Senat gestiftete silberne Rettungsmedaille verliehen worden. — Herrn Johannes Morgentern, Inhaber eines Detektivbureaus, der am 4. Juni d. J. beim alten Eisenbahnbrunn einen ins Wasser gefallenen Mann unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet hat, ist ebenfalls die Rettungsmedaille verliehen worden.

Uchtel auf den Kartoffelkress. Nach den anderwärts gemachten Erfahrungen ist zu erwarten, daß der Kartoffelkress, der in den letzten Jahren in Lübeck aufgetreten ist, sich weiter ausbreiten wird. Im Interesse einer planmäßigen Bekämpfung dieser gefährlichen Krankheit ist es dringend erforderlich, daß alle diejenigen, die den Kartoffelkress oder Krankheitserscheinungen, die sie dafür halten, auf ihren Feldern wahrnehmen, dieses sofort der Hauptstelle für Pflanzenbau, Lübeck, Museum am Dom, mitteilen. Angewandte Unkenmischungen, wie das manchmal behauptet wird, werden ihnen aus dieser Meldung nicht erwachsen. Dagegen kann eine Unterlassung dieser geschäftlich vorgeschriebenen Meldung zur polizeilichen Sanktion führen.

pb Diebstahl. In der Nacht zum 16. Juli sind auf dem Volkshaus ein arabischer Koffer, 100 Zigaretten, 100 Zigarren, 20 Patente Schrottaben und 1 Portulak gestohlen worden.

pb Vermittler wird seit dem 12. ds. Mts. der Landwirt Emil Grell, 20 Jahre alt, aus Danneberg. Grell ist etwa 1,65 m groß, dunkelblond, schlank, braune Augen, rundes frisches Gesicht, fast keine Haare auf dem Kopf, braune Haare, Grell ist am 12. ds. Mts. bei einem kleinen Jagdwagen gefahren und bis heute nicht wieder zurückgekehrt. Gewisse Mitteilungen über den Verbleib des Grell werden auf der Kriminalpolizei, Schiffsaluden 16 I, zur gegenseitigen Kenntnisnahme.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Mäher, Parteigenossen und Gemeindefunktionäre! Wie diejenigen, die am Sonntag in Gum an der großen Demonstration gegen die reaktionären Schandarten teilgenommen haben, werden erachtet, sich bis Dienstag abend, 6 Uhr, beim Genossen Kretschmann, Lübecker Straße 23, zu melden.

Nienburg i. L. Am Sonnabend sprach in einer gut besuchten Versammlung der Genosse Frank Meißner über „Die Parole der Gegenwart“. Eingehend beleuchtete er die gegenwärtigen Verhältnisse in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Eine aufmerksame Zuhörerenschaft nahm den Vortrag beifällig auf.

Hamburg. Durch elektrischen Strom gestört. In der Nacht vom Sonntag zum Montag kam der dort mit Reparaturarbeiten beschäftigte Maurer Karsten mit der Stromleitung in Berührung und wurde sehr schwer verletzt. In der Nacht zum Sonntag nach dem Krankenhaus verbracht. — Eine Preisversteigerung von 50 Prozents hat die Zünftler-Kommission der Vereinigten Gastwirte und Brauereien von Hamburg und Umgebung beschlossen. In der gleichen Sitzung wurden die Mindestpreisversteigerung für drei Zwanzigstel Eier auf 4 Mark, für 6 Zwanzigstel Eier auf 8 Mark und für 10 Zwanzigstel Eier auf 12 Mark festgesetzt. Die Preisversteigerung wird am 17. Juli in Krefeld.

Hamburg. Für den Schutz der Republik — gegen die Reaktion! Eine gemeinsame Demonstration der sozialdemokratischen Parteidelegierten und Betriebsratsvereinsmitglieder Hamburgs beschloß sich mit dem Gesetze zum Schutze der Republik. Nach einer mehrstündigen Aussprache, aus der immer wieder der Wille hervorging, angesichts der Reaktion zur Einigung der sozialistischen Parteien zu gelangen, fand nachher eine Einigung gegen wenige Stimmen Annahme. Die Demonstration der Delegierten und Betriebsratsvereinsmitglieder der SPD, die nur in einer einseitigen Durchsiegung der Sozialisten bestand, wurde nicht durchgeführt.

Am höchsten Gipfel der Erde.

Der erste ausführliche Bericht über die Leistungen der Everest-Expedition, deren letzte Welterbesteigung ein noch weiteres Vorbringen zu dem hohen Ziele mit sich brachte und die schließlich den Gipfel der Welt erreicht hat, wird von einem der kühnsten Bergsteiger gegeben, der mit drei anderen und einer Anzahl Träger ohne jede künstliche Sauerstoffzufuhr am 21. Mai die bis dahin noch nie erreichte Höhe von 2924 Metern bezwang. Für diesen Aufstieg waren drei Lager eingerichtet: das erste in einer Höhe von 5000 Metern, das zweite das mittlere und das Haupt-Kampfbügel vereinigen, das zweite 6000 Meter hoch, an der linken Seite des Gipfels, das dritte das höchste, das den Gipfel mit der niedrigeren Spitze des nördlich davon gelegenen Changoi verbindet, in der Höhe von 6100 Metern. „Der Aufstieg zwischen diesen Lagern“, schreibt Mallory, „ist außerordentlich schwierig und anstrengend. Der ganze Charakter der Everest-Bergsteiger ist sehr ungewöhnlich; sie bewegen sich über das schwarze Eis und haben an der Oberseite der Hände, die sehr schwer zu bewegen sind. Sobald von den Trägern genügend Nahrung nach dem dritten Lager gebracht worden war, machten wir einen Vorstoß nach dem Nord-Gipfel. Die Wetterverhältnisse waren sehr ungünstig, vor allem war es sehr heiß, und am ersten Lager war die Temperatur auf Null, an dem oberen Lager auf - 30 Grad Celsius. Die Leistung der Träger war über jedes Lob erhaben; was sie in dieser großen Höhe und bei der Schwere der Lasten vollbrachten, ist ungleichmäßig in der Geschichte des Bergsteigens. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß ein Lager in 7000 Meter Höhe errichtet wurde, während das höchste bisher von dem Herge der Truppen erreichte 1900 Meter hoch lag. Die Transportmöglichkeiten waren überaus schwierig. Die beiden Kamme, die Klippen, waren keine der Zeit und das höchste

berungen der sozialistischen Parteien und des NSD. Gewähr für die Überwindung der reaktionären Mächte gegen die Republik. Für die erste Notwendigkeit hält sie die Schaffung einer linksrepublikanischen Reichsregierung. Zur schärfsten Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Republik, zur gründlichen Kursänderung im Reichswehrministerium, zur durchgreifenden Säuberung der Verwaltung von republikfeindlichen Elementen, und zur Reform der Justiz ist sie eine unerlässliche Voraussetzung. Das Leben der Republik und ihre Fortentwicklung ist auf Gedeih und Verderb mit der Stärkung der Zentralgewalt gegenüber den Ländern verknüpft. Diese Erkenntnis muß die Politik unserer Partei in den Ländern bestimmen. Die Parteigenossen vertraut darauf, daß ihre Vertreter in Parlamenten, Regierungen und Behörden im Sinne dieser Entschlüsse energisch wirken werden.“

Hamburg. Verbieten und aufgelöst. Der Reichshund ehemaliger Kadetten, Ortsgruppe Groß-Hamburg, ist von der Polizeibehörde gemäß §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 verboten und aufgelöst worden. — Eine weitere Bekanntmachung der Polizeibehörde verfügt das Verbot sämtlicher Versammlungen des Junabismarckbundes.

Neustadt i. J. Wie in der Republik Verordnungen ausgelegt werden. Gibt da in Neustadt i. J. ein Bürgermeister und Polizeiverwalter, Necht mit Namen, der hochwohlweise regiert und ängstlich darauf bedacht ist, daß der Bevölkerung kein Schaden geschieht. Die dortige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsschädigten usw. wollte ein Vergnügen abhalten. Das ging dem Herrn wider den Strich und er ließ folgende Verfügung los:

Die Polizeiverwaltung. Neustadt (Holst.), 8. Juli 1922. Das für Sonntag, den 9. Juli d. J., geplante Vergnügen darf nicht stattfinden.

Ich beziehe mich auf § 1 der Verordnung vom 26. Juni 1922 über das Verbot bestimmter Versammlungen und weise ausdrücklich darauf hin, daß Zuwiderhandlung gegen das Verbot schwer bestraft wird.

Wiso da haben wir es. Eine Verordnung, die zum Schutze der Republik bestimmt ist, wird dazu benutzt, um gegen unbequeme Vereine vorzugehen. Hoffentlich wird der Herr durch die Anordnungen des Oberpräsidenten belehrt, wie er sich zu verhalten hat.

Bülow. Warnung vor dem Aushängen schwarzer Fahnen. Der Rat der Stadt Bülow erläßt folgende Marokkanen: „Um Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu vermeiden, wird der Einwohnerschaft dringend nahegelegt, beim bevorstehenden Schützenfest oder anderen Gelegenheiten schwarze Fahnen pp. öffentlich nicht zu zeigen.“ — Diese Warnung dürfte wohl die erste ihrer Art sein. Aber der Rat von Bülow kennt offenbar seine Pappentelner und er zeigt sich besser auf der Höhe, wie der Rat manch größerer Stadt.

Curhanen. Ueber die Ursachen des Explosionsunglücks im Grodenen Minendepot wird jetzt, nach Rückkehr des Chefs der Wasserabteilung der Marineleitung, Kapitän S. S. Gahlen aus Curhanen, von zehnjähriger Seite folgende Mitteilung verbreitet: Dem dem Ergebnis gerichtlicher Feststellungen oder von der chemisch-technischen Reichsanstalt auf Grund von Laboratoriumsuntersuchen festzustellenden Möglichkeiten über die Ursachen der Explosion im Minendepot Groden bei Curhanen vorzugreifen, wird als Ursache der Katastrophe angenommen, daß beim vorerwähnten Bräuen von Minen auf ihre Dichtigkeit mittels Zündstift eine innere Entzündung entstanden ist, deren Ursache schwer erklärlich ist. Der angerichtete Sachschaden ist sehr groß. Die Anlagen des Minendepots Groden bilden ein vollständiges Trümmerfeld mit mehreren Sprengtrichtern. Zwei in der Nähe gelegene Bauernhöfe und eine Reihe von Siedlungshäusern sind schwer beschädigt worden.

Lübenburg. Der Schreck verstummt. In Hagel brannte das Schloss des Großbauern Meyer infolge Blitzschlags nieder. Beide Eheleute wurden infolge des Schreckens stumm.

Gewerkschaften.

10. Generalversammlung der Kupferschmiede.

Kr. Kassel, den 8. Juli.

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Kupferschmiede tagte vom 3. bis 7. Juli im Haderbühl in Kassel. Er war von 30 Delegierten, den Mitgliedern des Vorstandes und Vertretern des Reichsbundes besucht. Als Vertreter des Metallarbeiterverbandes war Sigmund-Sittigart anwesend.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen und Erledigung geschäftlicher Fragen erarbeitete der Verbandsvorsitzende Hecht-Berlin den Geschäftsbericht des Vorstandes. Er verwies auf den gedrungenen Bericht, den wir bereits besprochen haben und lagte ergänzend, der Vorstand habe nie die weltwirtschaftlichen Probleme aus dem Auge verloren. Die Bestrebungen, die „Internationale“ wieder aufleben zu lassen, seien von der Verbande selbst unterstützt worden. Um aus der wirtschaftlichen Krise herauszukommen, müsse man nicht nur innerpolitisch, sondern auch international zusammengehen. Hecht besprach dann den Reichsantrag und ging hierauf auf die Verjährungsfrage, die den wichtigsten Beratungspunkt bildete, ein.

Am 12. Mai entschloß sich die Expedition, die den Gipfel der Erde zu erreichen, zu dem Versuch, ohne Sauerstoff zu unternehmen. Aber da die Träger ohne Sauerstoff eine Lager in 7000 Meter Höhe errichten, bewies dies, daß das Vorbringen in solche Höhen bei natürlicher Atmung möglich ist. Wir stiegen zunächst die große weiße Kante am Nord-Gipfel empor. An den schwierigsten Stellen befähigten wir zwei Seile, jedes von 100 Meter Länge, so daß die Träger sicher hinauf und herunter kommen konnten. Als wir den westlichen Teil des Gipfels überschritten hatten, machten wir auf eine breite Spalte, die ohne Leiter nicht zu überqueren war. Wir mußten uns daher einen anderen Weg suchen und kamen in diesem Schnee auf den Kamme des Gipfels und von dort mit nur einem Kist nach dem Nord-Gipfel. Was waren die weiteren Aussichten? Bisher waren wir nach einem Aufenthalt von acht bis zehn Tagen im dritten Lager besser akklimatisiert gewesen, aber ging es nicht auch so? Was für Wetter hatten wir zu erwarten? Wir fühlten den scharfen Hauch eines Westwindes, der uns hitzige Kälte brachte.“ Sie lehrten daher vorläufig zum dritten Lager zurück.

Am 12. Mai entschloß sich die Expedition, die den Gipfel der Erde zu erreichen, zu dem Versuch, ohne Sauerstoff zu unternehmen. Aber da die Träger ohne Sauerstoff eine Lager in 7000 Meter Höhe errichten, bewies dies, daß das Vorbringen in solche Höhen bei natürlicher Atmung möglich ist. Wir stiegen zunächst die große weiße Kante am Nord-Gipfel empor. An den schwierigsten Stellen befähigten wir zwei Seile, jedes von 100 Meter Länge, so daß die Träger sicher hinauf und herunter kommen konnten. Als wir den westlichen Teil des Gipfels überschritten hatten, machten wir auf eine breite Spalte, die ohne Leiter nicht zu überqueren war. Wir mußten uns daher einen anderen Weg suchen und kamen in diesem Schnee auf den Kamme des Gipfels und von dort mit nur einem Kist nach dem Nord-Gipfel. Was waren die weiteren Aussichten? Bisher waren wir nach einem Aufenthalt von acht bis zehn Tagen im dritten Lager besser akklimatisiert gewesen, aber ging es nicht auch so? Was für Wetter hatten wir zu erwarten? Wir fühlten den scharfen Hauch eines Westwindes, der uns hitzige Kälte brachte.“ Sie lehrten daher vorläufig zum dritten Lager zurück.

Die Urabstimmung habe zwar den Anschluß an den Metallarbeiterverband abgelehnt, damit sei jedoch die Frage noch nicht erledigt. Durch die Beschlässe des Leipziger Gewerkschaftstages über die Schaffung von Industrieverbänden müsse sich der Verbandstag erneut mit der Frage beschäftigen. Der Redner betonte zum Schluß, der Vorstand habe sich in der Berichtszeit bemüht, die Organisation vorwärts zu treiben. (Beifall.)

In der Aussprache über den Geschäftsbericht nahm die Verjährungsfrage den breitesten Raum ein. Die Redner sprachen teils für, teils gegen eine Verjährung mit dem Metallarbeiterverband. Dismann erläuterte in längerer Rede die Notwendigkeit des Zusammenhanges. Die Leipziger Resolution solle keinen Zwang auf die Organisationen ausüben. In der Metallindustrie müsse aber Ordnung geschaffen werden. Es gehe heute nicht mehr an, daß dort eine Reihe von Organisationen nebeneinander arbeiten. Die Kräfte müßten konzentriert werden. Von den Gewerkschaften einer Verjährung wurde betont, die Kupferschmiede würden ihre Interessen im eigenen Verbande besser gewahrt haben als innerhalb des Metallarbeiterverbandes. Einige Redner erklärten, sie seien keine grundsätzlichen Gegner eines Industrierverbandes, es wäre aber richtiger, wenn man gleich zur Schaffung einer Einheitsorganisation komme.

Nach sehr langen Erörterungen, die sich bis zum dritten Verhandlungstag hinzogen, nahm die Generalversammlung in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 16 Stimmen eine Entschloßung an, in der sie die Bestrebungen des Vorstandes in bezug auf den Uebertritt zum Metallarbeiterverband als berechtigt anerkennt. Die Generalversammlung beschloß erneut, eine Vereinigung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband anzustreben. Als Grundlage dieser Vereinigung sollen die Verträge zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem Metallarbeiterverband gelten, die bereits im Jahre 1920 für die Verjährung vorgesehen waren. Die Generalversammlung empfiehlt den Verbandskollegen aufs dringendste, bei der vorzunehmenden Urabstimmung der Vereinigung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband möglichst einmütig zuzustimmen. Sie beauftragt den Vorstand, vor der Urabstimmung eine sachliche Aufklärung über die Notwendigkeit dieser Vereinigung vorzunehmen und möglichst umgehend alle erforderlichen Schritte einzuleiten.

In der Diskussion über die Tätigkeit des Vorstandes wurde dieser im allgemeinen Anerkennung gezollt, Kritik aber an der Leitung des NSD. geübt. Es wird von diesem ein klares Programm darüber verlangt, was sie durchführen will. Im Schlußwort betonte Hecht, daß die Kritik an dem NSD. durchaus abwegig gewesen sei.

Eine ausführliche Behandlung fand die Lehrlings- und Jugendfrage. Eine Kommission hatte die hierzu vorliegenden Anträge geprüft und sie in einem Antrag zum Statut zusammengefaßt, der u. a. folgendes vertritt: Ausbau der gewerkschaftlichen Jugendbestimmungen, die sich auf die Arbeitszeit, Nacharbeit, Sontagsruhe usw. beziehen, Einführung des sechsstündigen Arbeitstages für die erwerbstätige Jugend bis zum vollendeten 16. Lebensjahre, höchstens 4stündige Arbeitswoche für die älteren unter Einrechnung der Pflichtschulzeit. Ferner wird eine Reform des Lehrlingswesens gefordert. Diese Richtlinien wurden einstimmig angenommen.

Bei der Statutenberatung wurde beschlossen, daß der tarifliche Durchschnittslohn aus 21 Filialen vierteljährlich vom Zentralvorstand als Verbandswochenbeitrag festgesetzt wird. Der Wochenbeitrag wurde mit sofortiger Wirkung auf 22 Mk. für die Hauptkasse festgesetzt; die Unterstützungslöhne wurden entsprechend erhöht.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen angestellten Funktionäre wiedergewählt. Sitz des Vorstandes bleibt Berlin, Sitz des Ausschusses Dresden.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück in Paris. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich vor dem Nordbahnhof ereignet. Der Wagen eines Vorortzuges sprang infolge falscher Weichenstellung aus dem Gleis. Durch den Bruch der Verbindungsstelle wurde der Zug in zwei Hälften geteilt, von denen die erstere in den Bahnhof einfuhr, während die abgetrennten Wagen gegen einen Pfeiler der Bahnüberführung geschleudert wurden. Der erste Wagen ging in Trümmer. Von den Passagieren sind drei tot und mehr als vierzehn schwer verletzt.

Großfeuer in einer Weberei. Ein Großfeuer vernichtete einen Teil einer großen Weberei in Welteren. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Nahezu 1500 Arbeiter müssen feiern. Zwei Nachwächter sind verköhlend; man nimmt an, daß sie in den Stämmen umgekommen sind.

Amerikanische Lebensmittel für Deutschland. Die New York Times meldet aus Chicago: Edward Morris, der Präsident der Morris-Transport-Gesellschaft, genehmigte die Verschiffung von mehr als 10 Millionen Pfund Nahrungsmitteln nach Deutschland im Werte von 1½ Millionen Dollar.

Sport.

Nordd. Spielvereinigung, Gruppe Lübeck: Vereinspielleiter der Fußballer und Gruppenpielleiter des Zusammenkunft am Mittwoch, dem 19. Juli abends 7 Uhr, im Arb. Sportheim Hundestraße. Erscheinen unbedingt erforderlich. (4558) W. G.

Wetter. Da die Sauerstoffapparate noch nicht heran waren, mußten wir den Aufstieg ohne Sauerstoff unternehmen. Aber da die Träger ohne Sauerstoff eine Lager in 7000 Meter Höhe errichten, bewies dies, daß das Vorbringen in solche Höhen bei natürlicher Atmung möglich ist. Wir stiegen zunächst die große weiße Kante am Nord-Gipfel empor. An den schwierigsten Stellen befähigten wir zwei Seile, jedes von 100 Meter Länge, so daß die Träger sicher hinauf und herunter kommen konnten. Als wir den westlichen Teil des Gipfels überschritten hatten, machten wir auf eine breite Spalte, die ohne Leiter nicht zu überqueren war. Wir mußten uns daher einen anderen Weg suchen und kamen in diesem Schnee auf den Kamme des Gipfels und von dort mit nur einem Kist nach dem Nord-Gipfel. Was waren die weiteren Aussichten? Bisher waren wir nach einem Aufenthalt von acht bis zehn Tagen im dritten Lager besser akklimatisiert gewesen, aber ging es nicht auch so? Was für Wetter hatten wir zu erwarten? Wir fühlten den scharfen Hauch eines Westwindes, der uns hitzige Kälte brachte.“ Sie lehrten daher vorläufig zum dritten Lager zurück.

Mortons Ohren und Finger hatten Frostbeulen; sehr viel ernster war Morsheds Zustand, den wir am nächsten Tage zurückschaffen mußten. Ein weiteres Unglück war der Verlust eines Rucksacks, der über den Gletscher herunterfiel. Um 8 Uhr morgens des 21. Mai brachen wir auf; frischer Schnee bedeckte die Gletscherfläche und verbarg die losen Steine, so daß wir sehr vorsichtig sein mußten. Unsere Kraft des Vorwärtstretens hing von der Fähigkeit unserer Lungen ab; sie bestimmten unsere Schnelligkeit und machten jeden Schritt beschwerlich. Aber wir fanden, daß es bei möglichst tiefem Atmen doch vorwärts ging. Eine Zeitlang hofften wir, die Nordostschulter des Everest zu erreichen, aber da wir an den Rückweg denken mußten, lehrten wir um 2 Uhr nachmittags um. Wir waren nur noch 600 Fuß unter der Nordostschulter, hatten einen klaren Blick nach dem Gipfel und registrierten eine Höhe von 7900 Meter. Der Abstieg ging leichter, obwohl der Gefahren verbergende Schnee uns zur Vorsicht zwang; wir nahmen Morsheds wieder mit und mußten nun bei einbrechender Dunkelheit im frischen Schnee, angeleitet, neue Stufen schlagen. Morsheds war am Ende seiner Kräfte und konnte nur wenige Stufen nehmen, ohne sich auszuruhen. Düstere graue Wolken, von Blitzen durchzuckt, boten einen unheimlich grandiosen Anblick. Wir stellten Gletscherpalten in ungewissem Sternensicht fest und zündeten eine Laterne an, um unseren Weg auf dem Grat eines schmalen Risses zu finden. Hier mußten wir 4½ Meter in den Schnee hinuntersteigen, aber es glückte. Das Seil war unter dem Schnee begraben, unsere Kerze ausgebrannt. Wir fürchteten, den Weg verloren zu haben, aber einer fand das Seil unter dem Schnee wieder, und nach zehn Minuten waren wir in unserm Lager. Die Tatsache, daß drei von uns eine Höhe von 8200 Meter ohne großes körperliches Unbehagen ausgehalten hatten, berechtigt zu weiteren Hoffnungen, aber noch mehr die erfolgreichen Versuche mit den Sauerstoffapparaten.“